



Der

Eisenbahner

Zentralorgan des Österreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Zentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonnen- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis $\frac{1}{4}$ Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die zweimal gespaltene Monparellezeile oder deren Raum 10 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Rt. 288

Ganzjährlich 576

Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 35.

Wien, den 10. Dezember 1911.

19. Jahrg.

Eine Schandtafel. Eisenbahner, merkt auf!

Bor der Reichsratswahl sind sie zu euch gekommen, die Demagogen aus dem nationalistischen Lager, um euch das Blaue vom Himmel herunter zu versprechen für den Fall, als ihr ihnen zu einem Mandat verhelfst.

Die einen traten als die unerschrockenen Kämpfer für das Interesse der Konsumenten vor euch hin und gelobten nicht eher zu ruhen, als bis der bitteren Lebensmittelsteuerung ein Ende bereitet sei.

Die anderen waren drapiert mit dem Mantelchen des Arbeitervertreters und wachten um euch, indem sie vorgaben, das Interesse der Arbeiter kräftig wahren zu wollen.

Seit diesen großen Versprechungen sind erst wenige Monate in das Land gegangen — und schon ist das arbeitende Volk von den

prahlerischen deutschen Nationalverbändlern

schmälich verraten worden!

Am 22. November 1911 wurde im Parlament über die so notwendige Einfuhr von Fleisch entschieden.

Der Sozialdemokrat Dr. Renner stellte folgenden Antrag:

Die Regierung wird aufgefordert, ohne weitere Verhandlungen mit Ungarn jedes Ansuchen um Zulassung der Einfuhr überseeischen Fleisches zu bewilligen und die Einfuhrsbewilligung weder der Zeit noch der Menge nach zu begrenzen.

Gegen diesen volksfreundlichen Antrag stimmten 43 Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes!

Wer waren die Verräter?

Nicht allein die deutschnationalen und christlichsozialen Vertreter rein agrarischer Bezirke stimmten gegen die Fleisch einfuhr, sondern auch zahlreiche Abgeordnete industriereicher Bezirke.

Darunter waren die deutschnationalen Abgeordneten:

Franz Vernt, Brüx-Gorslau-Postelberg,
Karl Felzmann, Mähr.-Ulstadt-Mähr.-Schönberg,
Hans Hartl, Reichenberg,
Gustav Hummer, Leitmeritz-Lobositz,
Josef Kasper, Trautenau-Marschendorf-Schätzlar,
Hans Kudlich, Budmantel-Jägerndorf-Ölbersdorf,
Erhard Lipka, Aussig-Karvin,
Josef Nagel, Völkermarkt-Eberstein-Althofen,

Alois Rieger, Olmütz-Römerstadt-Sternberg,
Ferdinand Seidel, Jauernig-Weidenau-Freiwaldau,
Dr. Otto Steinwender, Spittal-Greifenburg-Winslern-Gmünd,
Dr. Artur Stössel, Salzburg,
Oskar Teufel, Jaslowitz-Znaim-Kromau-Gibensitz,
Dr. Karl Urban, Saaz-Kaaden-Podersam,
Dr. Friedrich Wichtl, Krumau-Winterberg-Prachau-Wellarn.

Zu diesen deutschnationalen Verrätern kommen noch etliche aus anderen Lagern so der Christlichsoziale Neunteufel und der Kreissozialist Simon Stark!

Am bemerkenswertesten ist die volksfeindliche Abstimmung des Abgeordneten der Deutschen Arbeiterpartei: Ferdinand Seidl!

Eine saubere Partei — diese Deutsche Arbeiterpartei!

Die Abgeordneten erkennen sich, gegen das Interesse der Arbeiter zu stimmen.

Eisenbahner, gedenkt es dieser Partei!

Nicht allein gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Linderung der Fleischnot haben aber die anderen Nationalverbändler gestimmt. Sie leisteten sich noch ein stärkeres Stück:

Die deutschen Nationalverbändler stimmten ihren eigenen Antrag nieder!

Das kam so: Das Vorstandsmitglied des Deutschen Nationalverbandes, Dr. Waber, nahm den sozialdemokratischen Antrag — freilich in sehr verwässerter Form — auf und beantragte, die Regierung aufzufordern,

„die Besfügungen bezüglich der Einfuhr überseeischen Fleisches lediglich nach veterinären fachmännischen Gesichtspunkten im Hinblick auf den faktischen Zustand der betreffenden Sendung zu treffen“.

Aber selbst dieser so bescheidene Antrag wurde von den Agrariern aller Nationen und ihren deutschnationalen Bundesgenossen aus den Industriebezirken brutal niedergestimmt.

34 Nationalverbändler stimmten gegen den Antrag des Vorstandsmitgliedes des Deutschen Nationalverbandes!

Darunter waren die Vertreter der Industriebezirke:

Rudolf Felzmann, Erhart Lipka, Josef Nagel, Alois Rieger, Dr. Otto Steinwender.
Kann sich dieses schier unglaubliche Verhalten der deutschen Nationalverbändler das arbeitende Volk gefallen lassen?

Nein, es hat die Pflicht, die verräterischen Abgeordneten zur Rechenschaft zu ziehen!

Nicht allein die Arbeiter, sondern alle, die schwer unter der Lebensmittelsteuerung leiden, also auch die Handwerker, Kleinhäusler, Kleinbauern, Angestellten und Beamten, müssen gegen den schändlichen Verrat der deutschen Nationalverbändler ihre Stimme erheben!

Erkennt jetzt, wo eure Feinde und wo eure Freunde sind:

Die einzige Partei, welche im Kampfe gegen die Lebensmittelsteuerung konsequent blieb, die sich unerschrocken der unterdrückten und ausgewicherten Bevölkerungsschichten annahm, war die

Sozialdemokratie!

Helft ihr im Kampfe gegen den Volksverrat!

Die Forderungen der Eisenbahner und das Parlament.

Der ganze Jammer, den die nichtsmitige Demagogie der bürgerlichen Parteien über das österreichische Volkshaus gebracht hat, wird in diesen Tagen wieder einmal offenbar. Vor ein paar Wochen noch gehärdeten sich die bürgerlichen Parteien, voran natürlich der Deutsche Nationalverband, so, als ob es für sie keine dringlicheren Fragen gäbe, als wie der Not und der Unzufriedenheit unter dem Eisenbahnerpersonal abzuheilen wären. Die Vorsprachen der nationalen Abgeordneten bei den Ministern wechselten nur so mit allen möglichen radikalen Reden und Zusicherungen, die in den Versammlungen vom Stapel gelaufen wurden und naive Gemüter hätten beinahe glauben können, daß die Herren ihre ganze unruhige Vergangenheit vergessen machen wollen. Nun sind die Forderungen der Eisenbahner in dem fertig gestellten Bericht des Staatsangehörtenausschusses formuliert und endlich am 1. Dezember dem Präsidium des Abgeordnetenhauses überreicht worden. Sowohl im Subkomitee wie im Ausschuss sind die Arbeiten nach Möglichkeit forciert worden, so daß das Plenum des Hauses in die Lage kommen sollte, über den Antrag des Ausschusses, der bekanntlich für die Eisenbahner 38 Millionen Kronen verlangt, so rasch als möglich abzustimmen.

Es sind also bald zehn Tage vergangen, seitdem der Bericht dem Hause vorliegt. Am 6. d. M. hat nun in einer Beratung der Parteioberhäupter der Abgeordnete Seitz namens der Sozialdemokraten verlangt, daß der Bericht des Staatsangehörtenausschusses vor Beginn der Beratungen des Budgetprovostiums in Verhandlung gezogen werde. Die Budgetberatung könnte trotzdem noch rechtzeitig fertig werden, da sich die einzelnen Parteien nur dahin zu einigen brauchen, daß zwecklose Reden vermieden und die Abstimmung vorgenommen werde. So selbstverständlich dieses Verlangen und so gründlich und hinreichend es durch die unter den Eisenbahner vorhandene Notlage motiviert war, so gründlich wurde das Verlangen der Sozialdemokraten von den bürgerlichen Parteien ignoriert. Gegen das Verlangen des Abgeordneten Seitz sprach nämlich nicht nur der Minister des Innern Baron Heindl, sondern auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien, denen jetzt auf einmal die sogenannten Staatsnotwendigkeiten dringlicher sind als die Wünsche der Eisenbahner.

Diese gewissenlose Gleichgültigkeit wird von den bürgerlichen Parteien in demselben Augenblick an den Tag gelegt, wo in den bürgerlichen Blättern das Gerücht verbreitet wird, die Regierung beabsichtigt, lediglich 19 Millionen Kronen für die Eisenbahner zu verwenden. Dass mit diesem Betrag die Wünsche der Eisenbahner auch nicht annähernd erfüllt werden können, ist so klar, daß man auch in dem Kreise der Regierung wohl wird kaum daran glauben können, daß damit Ruh und Zufriedenheit hergestellt werden kann. Und schon deshalb wäre jetzt der Moment gewesen, der Regierung durch rasche Abstimmung im Hause den Willen des Parlaments fund zu tun und ihr klar und unzweideutig zu erklären, daß auch das Haus an den 38 Millionen unter allen Umständen festhält. Aber nachdem das demagogische Auftrumpfen, mit dem die Nationalverbändler auf die Überreichung der Forderungen durch die sozialdemokratischen Organisationen antworteten, vorüber ist, scheint es den Herren nicht weiter eilig und so gehen sie der dringlichen Behandlung, wo sie können, aus dem Wege. Man kann sich wohl daraus einen Begriff machen, wie es erst um die Forderungen der Eisenbahner aussieht würde, wenn die ehrenwerte Gesellschaft nicht den ständigen Druck der sozialdemo-

tratischen Organisationen spüren und deren Macht fürchten möchte! Über die Herren sollen es sich wohl überlegen, noch länger mit dem Feuer zu spielen. So sehr sie sich auch heute bemühen, die Angelegenheit zu verschleppen, es wird ihnen nicht gelingen, sich der unangenehmen Situation, wo sie werden Farbe befreien müssen, zu entziehen. Die Situation ist heute so ernst, daß die Aktion, so unangenehm das den bürgerlichen Demagogen ist, zu Ende geführt werden muß. Aber auch der Regierung gegenüber sei diese Warnung mit allem Nachdruck wiederholt!

Die Verschiebung der Eisenbahnervorlage.

In der Plenarsitzung vom 28. v. M. erinnerte Abgeordneter Seib in einer Anfrage an den Präsidenten daran, daß der Staatsangestelltenauschuß am 10. v. M. die Beratungen über die Eisenbahnerangelegenheiten beendet und einen Bericht erstattet für das Haus gehabt habe. Der Bericht liege aber dem Hause noch immer nicht vor. Er fragte, ob dieser Bericht dem Präsidenten bereits überreicht worden sei, und wann der selbe ihm dem Hause vorgelegen gedenke.

Vizepräsident Dr. Conci erwiderte, der Bericht sei gestern der Kanzlei übergeben und zum Druck übermittelt worden. Sobald er in Druck gelegt sei werde, werde er selbstverständlich dem Hause unterbreitet werden.

Die Überreichung des Berichtes des Ausschusses an das Haus.

Am 1. Dezember wurde endlich der Bericht des Staatsangestelltenausschusses über die Maßnahmen zugunsten der materiellen Besserstellung der Staatseisenbahner im Abgeordnetenhaus aufgelegt. Während die Regierungsvorlage für die Eisenbahnbeamten, Unterbeamten, Diener, Offizianten, Offiziantinnen und Arbeiter zusammen 14.000.000 Kr. be trägt hatte, schlägt der Bericht des Staatsangestelltenausschusses zusammen 38.000.000 Kr. vor. Der Antrag lautet:

Beamte.

Für die Beamten ist eine Quartiergelberhöhung vorzusehen, welche sich auf die einzelnen Rangklassen folgendermaßen verteilt: für den Assistenten beträgt das Quartiergelb 1000 Kr., für den Adjunkt 1300 Kr., den Revidenten 1500 Kronen, den Oberrevidenten 1700 Kr., für den Inspektor 1900 Kr. und für den Oberinspektor 2000 Kr. jährlich. Diesen Quartiergelben entspricht ein jährliches Mehrerfordernis von 3.800.000 Kr. Da infolge der Einführung der Automatik sowie anlässlich der Verstaatlichung der großen Privatbahnen eine große Anzahl von Ungleichheiten in der Besoldung gleichwertiger und im Rang gleichstehender Beamten eingetreten ist (insbesondere bei der Nordbahn), was große Unzufriedenheit in der Beamtenschaft erregt hat, wird für den Härtenausgleich der Betrag von 800.000 Kr. eingestellt, der sich übrigens von Jahr zu Jahr vermindern wird. Es beträgt also der Gesamtaufwand für die Beamten 4.600.000 Kr. jährlich.

Unterbeamte und Diener.

Für diese Kategorie ist eine Quartiergelberhöhung von 25 Prozent vorzusehen, wobei das Mehrerfordernis jährlich 7.500.000 Kr. beträgt. Außerdem ist vorgesehen: a) Auflösung der Gehaltstüre von 1800 Kr. für Unterbeamte und Erhöhung des Endgehaltes der Unterbeamten auf 3000 Kr.; b) individuelle Ernennungen der Werkmeister der Haupt- und Betriebswerkstätten, der Maschinen-, Bahn-, Brücken-, Gebäude- und

Signalmeister, Stationsmeister, Magazinsmeister, Lokomotivführer, Oberkondukteure, Blähmaister und Offizianten nach Erreichung der Gehaltstüre von 1800 Kr. zu Beamten ohne materielle Schädigung. Jahreserfordernis der Punkte a und b 300.000 Kr. jährlich; c) Erhöhung der Bezüge für die Manipulatoren und Offiziantinnen 60.171 Kr.; d) Festsetzung der Vorrüdungstüre für sämtliche Diener bis zur Endgehaltstüre mit zwei Jahren, Erhöhung des Endgehaltes der Diener auf 2000 Kr., was einen Mehranspruch von 1.050.000 Kronen jährlich bedingt. Für den Härtenausgleich bei den Dienern und Unterbeamten, der nach dem Bericht des Staatsangestelltenausschusses in folgender Weise durchzuführen ist, daß allen Unterbeamten und Dienern, deren gegenwärtige Gehalte gegenüber ihrem jetzigen Vorrüdungsschema um mindestens fünf, beziehungsweise zehn Jahre zurückstehen, die beiden nächsten Vorrüdungstüre um je ein Jahr zu kürzen sind, wobei die provisorische Dienstzeit berücksichtigt wird, ist der Betrag von 1.300.000 Kr. eingefestzt. Die provisorische Dienstzeit soll dabei berücksichtigt werden.

Nachdienstzulage für Wächter und für die sie substituierenden Arbeiter mit einem Jahresaufwand von 4.000.000 Kronen.

Beschubzulage für das Beschubpersonal mit 2.400.000 Kronen.

Sonach beträgt der Gesamtaufwand für die Unterbeamten und Diener 16.810.000 Kr. jährlich.

Arbeiter.

Lohnerhöhung für sämtliche Arbeiter, und zwar bis zu 4 Kr. Taglohn 20prozentige Erhöhung und für Arbeiter über 4 Kr. Taglohn 15 Prozent Erhöhung. Bei den Aufforderarbeiten entsprechende Erhöhung des Aufforderdienstes. Für diese Lohnerhöhungen beträgt das Mehrerfordernis 10.000.000 Kr. jährlich.

Einführung der Lohnautomatik bei den Arbeitern, wofür 3.000.000 Kr. beansprucht werden.

Regelung der Arbeiterurlaube, Regelung einer Entschädigung für Überstunden mit einem Jahresaufwand von 1.000.000 Kr. Zur Verbesserung der Stabilisierung der Arbeiter werden jährlich 2.000.000 Kr. beansprucht.

Sonach ergibt sich für die Maßnahmen zugunsten der Arbeiter ein jährliches Mehrerfordernis von 16.600.000 Kr. Die Summe der Mehraufwendungen für alle Eisenbahnkategorien beträgt jedoch 38.010.171 Kr. im Jahre.

Diese Maßnahmen haben rückwirkend ab 1. Oktober 1911 in Kraft zu treten.

Die Begründung des Antrages.

In der Begründung des Antrages wird ausgeführt, daß sich die Maßnahmen der Regierung vornehmlich auf die Quartiergelberhöhung und den Härtenausgleich beziehen. Der Bericht hat an diesen Grundlinien festgehalten und nur eine den notwendigsten Bedürfnissen entsprechende Erhöhung der Biffen vorgenommen. Es handelt sich hierbei um Forderungen der Eisenbahner, die längst bestimmt sind und von der Staatsbahnverwaltung wiederholt als berechtigt anerkannt wurden. Eine Analogie zwischen den Staatsangestellten und den Eisenbahner ist hier nicht am Platze. Die Bezüge der Staatsangestellten und der Eisenbahner haben stets stark differiert. Ferner kommt auch der Dienst, der die Eisenbahner leisten, in Betracht, der in vielen Fällen höher gewertet werden muß, was insbesondere vom Verkehrsdiensst gilt, wo der Beamte infolge der großen Verantwortlichkeit seiner Stellung stets mit einem Fuß im Kriminal steht. Endlich wird auf die materiellen Mehrleistungen, denen der Eisenbahner

mehr als irgendein Staatsangestellter infolge seines Dienstes ausgesetzt ist, verwiesen, und die Steuerung aller Lebensmittel und Bedarfssachen erfordert.

Der Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Tomisch und Genossen hatte eine Gesamtaufwendung von 69 Millionen Kronen enthalten. Über die Bedeutung der 38 Millionen sagt der Bericht, daß der größte Teil der 38 Millionen Kronen von der Staatsbahnverwaltung in eigener Regie bedient werden könnte, ohne den Steuerträgern neue Lasten aufzuerlegen, und zwar durch weitestgehende Einschränkung der Rekaltien an einzelne Unternehmer und Industrie und völlige Aufhebung der Rekaltien an kartellisierte Unternehmungen. Ebenso wird eine gründliche Reformierung der heutigen Personalwirtschaft im Sinne einer bedeutenden Reduktion des Personalstandes bei den Staatsbahndirektionen und im Eisenbahnministerium große Ersparnisse ergeben. Auch eine großzügige Neorganisierung der Staatsbahnverwaltung wird zur Verminderung der Ausgaben wesentlich beitragen.

Die Sozialdemokraten für die rasche Behandlung.

Der Klub der deutschen Sozialdemokraten hat beschlossen, den anderen Parteien mitzuteilen, daß er für den Fall, als in der nächsten Sitzung das Budgetprovisorium nicht vom Ausschluß erledigt werden sollte, den Tagessordnung antrag stellen wird, sofort in die Verhandlung der Eisenbahner vorlage einzutreten.

Konferenz des Aktionskomitees.

Nachdem, wie wir an anderer Stelle berichten, der Bericht des Staatsangestelltenausschusses über die Aufbesserung der Bezüge der Eisenbahner erst nach Beendigung der Budgetdebatte im Parlament verhandelt werden soll, fand am 7. d. M. eine Sitzung des Executive Committee der organisierten Eisenbahner Österreichs statt, in der beschlossen wurde, im Laufe der nächsten Tage das in der Reichskonferenz vom 3. September 1911 gewählte Aktionskomitee zu einer Konferenz nach Wien einzuberufen, in der die erforderlichen Beschlüsse mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation gefaßt werden sollen.

Das hygienische Lohnminimum.

Die Behauptung, daß das Lohnminimum des Arbeiters ein wichtiges Kulturrelement darstellt, ist keine bloße Redensart, sondern ein auf den Tatsachen fußender Erkenntnisgrundsatz der sozialen Wissenschaft. Die durchschnittliche Höhe des Lohnes, den die Arbeiterschaft in irgendeinem Land bezieht, schafft von selbst die breiteste Grundlage für das Kulturniveau, auf dem sich die Lebenshaltung der Bevölkerung bewegt. Die Frage des Arbeitslohnes ist daher nicht bloß für die Arbeiterschaft allein von Bedeutung, sondern auch die menschliche Gesellschaft hat vom rein produktionstechnischen und auch vom kulturellen Standpunkt aus alle Veranlassung, daß das Lohnproblem anders noch als vom reinen Unternehmertandpunkt aus behandelt werde. Denn wie der Arbeiter lebt, wie er wohnt und was er ist, das ist nicht bloß seine rein persönliche Angelegenheit, sondern wird mit der fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung immer mehr zu einem sozialen Problem.

Feuilleton.

Bor zwei Urnen*).

Wenn die Flamme glüht.

Wenn die Aspe sprüht,

Eisen wir den alten Göttern zu.

spanischen — Juden und einer Karaibin, das heißt India-nerin. Dieser merkwürdigen Mischung hatte er wohl die Leibes Schönheit zu verdanken, die den frühzeitig schneeweissen Charakterkopf mit seinem gewinnenden Lächeln in jeder Versammlung hervortreten ließ.

Aber wenn er doch in seinem unbedingten Vertrauen auf die Macht der Vernunft intellektuell von den Alten abstammte, so doch auf dem Umweg über die Enzyklopädisten. Er gehört zu diesen mit seinen Vorzügen, mit seiner selbstbewußten Entschlossenheit, einer neuen geistigen Welt aufzubauen, wie mit seiner Schwäche, die sozusagen ewig wahre menschliche Natur in der Urzeit aufzufinden, was natürlich nicht ohne eine unbewußte, mindestens subjektive Verklärung abgeht. Darin, daß er die Urgeellschaft etwas zu voraussetzungsvoll auf die revolutionäre Anwendung hin betrachtet, gehört er dem 18. Jahrhundert an. Und fast möchte man seinen letzten Schritt in Beziehung mit dieser Vorliebe bringen, wenn man an die Kürzung im „Recht auf Faulheit“ denkt, wo er sagt: „Die Indianer der kriegerischen Stämme Brasiliens töten ihre Siechen und ihre Greise und sie bezeugen ihre Freundschaft, indem sie einem Leben ein Ende machen, das nicht mehr durch Kämpfe, durch Feste und Tänze erheitert wird. Alle Urvölker haben den Thren diese Neigung bezeugung erwiesen.“

Über was ihm in der Literatur des französischen Sozialismus seine historische Stellung gibt, ist seine Verknüpfung der proletarischen Revolution mit dem individuellen Optimismus und dem diesseitigen Idealismus des mit allen Sinnen zugreifenden Menschen. Der wissenschaftliche Sozialismus stammt, wenn auch vom französischen Sozialismus merklich beeinflußt, doch zunächst von der deutschen rationalistischen Philosophie ab. Die französische Revolution wiederum hatte in ihrem vorantreibenden Kleinbürgerlichen Element den Jacobinismus, die Rousseau'sche Ideologie der kultivierten Natürlichkeit, die tugendhafte Selbstbescheidung und einen etwas protestantischen Verdacht gegen die unbedingten Triebe an die Oberfläche gebracht. Lafargue hat nun mit seinem prachtvollen Temperament die Rechte des Genusses verkündigt, den Sozialismus als eine Verwirklichung der allgemeinen Lebensfreude hingestellt. Sein Protest gegen die bürgerliche Tugend nimmt den englischen Aesthetensozialismus der Morris, Wilde und Shaw nur mit mehr Temperament vorweg und berührt sie gleich diesem zuweilen mit dem romantischen Haß gegen den gegebenen gesellschaftlichen Fortschritt. Dies tritt wohl am stärksten im „Recht auf Faulheit“ hervor, das — als persönliches Dokument betrachtet — überhaupt seine Hauptchrift ist, freilich aber in seiner übermütigen Freude an Paradoxen und ironischen Übertriebungen für unsichere Anfänger im Sozialismus als eine recht bedenkliche Lektüre gelten muß. Aber wo findet sich in der ganzen sozialistischen Literatur ein Phantasiestück wie das vierte Kapitel: „Neue

Töne, neue Lieder“, wo das Fechterspiel des Polemisten in einen gesiegerten Tanzzyklus übertritt und in einem, von rabelaisischen Gelächter erfüllten bacchantischen Karneval der Geister verprüht!

Indes wäre es doch eine ganz arge Verlennung, wenn man in dieser Bravourleistung das ganze geistige Werk Lafargues zu erfassen glaubte. Dieser Genügsprediger hat vielmehr sehr ernste wissenschaftliche Studien getrieben — in einem ruhigen Gelehrtenheim trotz mannigfachster unermüdlicher Teilnahme am öffentlichen Leben weit mehr vom flüchtigen Lärm des Tages entfernt als mancher mondaine deutsche Professor der Nationalökonomie. Sicherlich — nicht alle Schlüsse seines Denkens halten einer strengen Prüfung stand. Manche seiner religiösen geschichtlichen Hypothesen sind allzu voreilig entwickelt, und wo er von den Anfängen der Mathematik spricht, wird man doppelt an das Kapitel gemahnt, das Blaise Pascal über die häufige Sonderung zwischen dem Geist der Geometrie und dem der Fineise geschrieben hat. Aber überall, in seinen Schriften wie in seinen Artikeln, spürt man doch die fesselnde Natur und die Kraft eines kühnen, eigenartigen, interessanten Geistes.

Hatte er wirklich nichts mehr zu geben? Die lange Vorbereitung der Selbststötung deutet eher auf eine vorgefaßte und wie glücklicherweise zahlreiche Beispiele zeigen — falsche Theorie von der naturnotwendigen Unkraft des Alters. Und ist es wahr, daß das Greisenalter keine Freuden und Genügsamungen mehr zu empfangen hat? Vielleicht ist unsere Zeit mit ihrem wilden, rücksichtslosen Kampf des einzelnen in der Tat keine Stätte für Greisenglück. Wir haben wohl das „Recht des Kindes“, die Sicherung seiner besonderen Bedürfnisse und Lebenswerte als eine soziale Notwendigkeit entdeckt. Der Greis ist in unserer Epoche der Umwälzungen zweifellos schlechter daran als in Tagen, da die natürliche Erfahrung des Alters als Wissen gelten konnte. Aber darum bleibt es doch ein beßlerer Werte Irrtum, den Malthusianismus sozusagen am anderen Ende zu praktizieren. Was unsere Zeit vor der früheren auszeichnet, ist das erwachte Solidaritätsbewußtsein, das eine individuelle Lösung für die Nöten und Enttäuschungen des Lebens zurückweist. Jeden einzelnen bringt die kapitalistische Ordnung um kostbare Entwicklungsmöglichkeiten des Körpers und des Geistes; aber der Sozialismus zieht daraus nur den Schluß auf den notwendigen die Geschlechter überlebenden, aber von den Lebenden bis zur natürlichen Grenze ihrer Kräfte geführten Kampf. Daß Paul Lafargue ihn vor der Zeit abgebrochen hat, müssen wir sagen. Aber in seinem zukunftsgläubigen Abschiedsgruß ruft er uns zu den Kampf fortzusehen, und der Blick auf unsere Waffen, deren manche wir seiner kunsfreichen Hand verdanken, gibt uns solche Gewißheit, daß uns an seiner Urne Trauer aber nicht Entmutigung überkommen kann.

Otto Böhl

* Paul und Laura Lafargue sind, wie unseren Lesern aus der Parteipresse bekannt sein wird, vor etlichen Tagen freiwillig aus dem Leben geschieden. Laura Lafargue war eine Tochter von Karl Marx. Paul Lafargue, derflammende Redner des französischen marxistischen Sozialismus, der in den letzten Jahren sich ganz auf das schriftstellerische Gebiet zurückgezogen hatte, schied einverständlich mit seiner Gattin aus dem Leben, weil er befürchtete, geistiger Umnachtung zum Opfer zu fallen. Dem Abschied des freien Paars vom Leben widmet Otto Böhl in der „Arbeiter-Zeitung“ die vorstehende geistvolle Betrachtung.

Die Ned.

Besuch nur Lokale, in welchen der „Eisenbahner“ aufliegt!

Von diesem Gesichtspunkte aus sind auch die Gewerkschaften seit je von allen Vernünftigen und Einsichtigen als Instrumente der Kulturentwicklung betrachtet worden. Denn, sobald es feststeht, daß ihre Aufgabe darin gipfelt, der Arbeiterschaft dazu zu verhelfen, daß ihr im Wege des Lohnes ein größerer Teil des von ihr erzeugten Mehrwertes zurückgestattet werde, ist ihre soziale und kulturelle Wirksamkeit über allen Zweifel erwiesen. Das Lohnproblem, das damit von selbst in den Mittelpunkt aller gewerkschaftlichen Tätigkeit gestellt ist, gewinnt nun aber gerade in Zeiten der steigenden Warenpreise an erhöhter Bedeutung. Denn es ist klar, daß für den Arbeiter und für die an dessen Wohlstand mitinteressierte Gesellschaft nicht der *Reallohn* allein den Ausschlag geben könne, sondern daß gerade das Problem darin liegt, welche *Kaufkraft* dem Geld, das der Arbeiter für seine Arbeit erhält, innewohnt. Wir haben nun gerade die letzten Jahre hindurch die schon zur Trostlosigkeit hinneigende Wahrnehmung machen können, daß der *Reallohn* des Arbeiters immer weniger für die Beurteilung seiner Lebenshaltung herangezogen werden kann, weil die Löhne, obwohl eine Steigerung derselben unzweifelhaft feststeht, von der Preissteigerung der Waren wieder auf das alte Niveau gebracht und zum Teil sogar überholzt worden sind. Feststeht vor allem, daß alle wissenschaftlichen Beobachter des Teuerungsproblems, wie wir es heute vor uns haben, darin übereinstimmen, daß die höchste Spannungsgrenze der in der ersten Zeit rapid gestiegenen Lebensmittelpreise noch keineswegs erreicht ist, und daß noch weitere unangenehme Überraschungen in dieser Richtung bevorstehen, ohne uns nun in dem engen Rahmen eines Aussatzes auf die vielsprochenen Ursachen dieser Erscheinung selbst einzulassen, sei nur nebenbei auf die Tatsache hingewiesen, daß die Teuerung selbstverständlich in Ländern mit hohen Agrarzölleñ stärker wirkt, als dort, wo man noch die Lebensmittel ungehindert vom Ausland beziehen kann. Hier kommen eben, wie das zum Beispiel in Österreich der Fall ist, zu den allgemeinen volkswirtschaftlichen Ursachen noch die ganz speziellen, die rein politischer Natur sind, hinzu.

Die Frage, die sich also auf Grund solcher Erwägungen aus dem Teuerungsproblem ergibt, ist daher zunächst die, in welcher Weise die Lebenshaltung der breiten Massen für die Dauer durch den ansteigenden Druck beeinflußt wird. Die Lebenshaltung der österreichischen Arbeiter war, soweit gerade die Ernährung in Betracht kommt, nie die beste, und sie hat sich erst in den letzten Jahren speziell in den Städten einigermaßen gebessert, was ohneweiters auf das Konto der von den Gewerkschaften mit vielfachem Erfolg durchgeführten Aktionen gebucht werden kann. Aber trotz der erreichten Besserungen, die in den Ziffern der Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik ihren Ausdruck findet, läßt sich wohl kaum behaupten, daß die Ernährung unter der Arbeiterschaft vom wissenschaftlichen Standpunkt aus heute schon als eine zureichende angesehen werden kann. Nach der bis heute noch immer nicht widerlegten Voitschen Ernährungslehre soll die Nahrung, die der Mensch täglich verbraucht, enthalten 145 Gramm Eiweiß, 100 Gramm Fett und 447 Gramm Kohlehydrate, wozu nach Professor Voit neben der gewöhnlichen gemischten Nahrung, täglich 230 Gramm gutes Fleisch für einen arbeitenden Menschen nötig ist.

Doch nun die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung in ihrer Allgemeinheit sich keineswegs an die Voitsche Regel zu halten vermag, das hat vor einiger Zeit ein deutscher Gelehrter für Deutschland nachgewiesen, wo, wie man zugeben wird, die Lebenshaltung der Arbeiter noch eher höher als in Österreich ist. Professor Lichtenfels hat nämlich die amtlichen Enquêtes über die Ausgaben der Arbeiter im Deutschen Reich untersucht, und daneben auch eigene circa 13.000 Arbeiter umfassende Erhebungen angestellt. Er gelangt nun dabei zu dem Ergebnis, daß, um die 3000 Wärmeeinheiten zu liefern, welche die Nahrung dem erwachsenen Mann bereitstellen soll, in der Haushaltung des ledigen Fabrikarbeiters ein tägliches Mindesteinkommen von Mf. 2-24 notwendig wäre; für Familienhaushalte erhöht sich diese Ziffer notwendig. Dieses Mindesteinkommen dürfte aber, wie Lichtenfels feststellt, nur in der chemischen und in der Maschinenindustrie erzielbar gewesen sein. "Die übrigen Industrien erzielen eine den jetzigen physiologischen Anforderungen entsprechende Postnicht." Professor Bauer, der die Wirtschaftsrechnungen schweizerischer und deutscher Arbeiter weiter untersucht, und sich dabei das wertvolle Material von Lichtenfels zunutze gemacht hat, meint nun, daß sich das Nahrungsmittelefizit in der deutschen Krankenstatistik am deutlichsten bemerkbar mache, indem Arbeiter, die sich infolge der Teuerung am wenigsten Nahrungsmittel anschaffen können, die längste Krankheitsdauer aufweisen. Und so kommt Professor Bauer zu dem Satze: "Das Ausmaß des animalischen Eiweiß, das sich die Arbeiter durch die Kaufkraft ihres Lohnesinkommens in einer Industrie verschaffen können, steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer relativen Krankheitsdauer. Je weniger tierisches Eiweiß verfügbar ist, desto stärker ihre Krankheitswahrscheinlichkeit." Und daraus folgt Bauer weiter, „erstens, daß es ein hygieni-

sches Lohnminimum gibt, welches sich berechnen läßt; zweitens, daß dieses Minimum den Reallohn erfassen muß, und daß jede Quote der Lohnempfänger, die das hygienische Lohnminimum überschreitet, und der Grad dieser Überschreitung die sichersten Wohlfahrtssymptome darstellen. Je größer diese Quote und je weiter die Distanz der Mehrzahl ihrer Teilnehmer vom hygienischen, desto höher das Kulturmimum, desto leistungsfähiger die Arbeit und desto vielseitiger die Industrieeentwicklung."

So sehr vielleicht diese Darlegungen nur das wiederholen, was in der parteilosen Wissenschaft als längst bekannte Erkenntnisse lehren gelten können, so nötig ist es gerade jetzt, diese Tatsachen aufzuzeigen. Die Statistik und die Enquête, diese einzige zulänglichen Hilfsmittel des sozialen Forschens, genießen in Österreich eine stiefmütterliche Beachtung. Und soweit irgendwie deren Ergebnisse vorhanden, sind sie durch die Brillen des staatlichen Bürokratismus geschenkt. Aber daß die Resultate solcher einwandfrei vorgenommener Erhebungen gerade bei uns zu weit trostlosen Ergebnissen führen müßten als anderswo, darüber besteht für den, der unsere Arbeiterverhältnisse kennt, kein Zweifel. Die Kaufkraft des Lohnes aber sinkt bei der unheimlich und beängstigend fortschreitenden Teuerung von Tag zu Tag. Wohin aber führt diese wahnsinnige Preistreiberei, wenn damit die immer weitergreifende Entwertung des Lohnesinkommens noch weiterhin unter das hygienische Lohnminimum sinkt? Es ist kein Zweifel, daß wir heute vor schweren hygienischen und gesundheitlichen Gefahren stehen, aus denen heraus der moderne Staat die schwerste Blutschuld auf sich ladet, wenn er seine schaffenden Kräfte durch Unterernährung zerstört und dezimiert. In dieser Zeit aber, wo das Nebelkrieg und Kraft der Bevölkerung auffaßt und Regierung und bürgerliche Parteien im Parlament tatenlos zuschauen, bleibt der Arbeiterklasse nur der einzige Weg, durch Stärkung ihrer Organisationen und Vermehrung ihrer Widerstandskraft sich auf immer neue Kämpfe vorzubereiten, in denen sie sich Gesundheit und Kultur erobern kann!

Lehrreiche Erscheinungen.

I.

Der marxistische historische Materialismus, der die Erkenntnis jener beweglichen Kräfte zeitigte, welche die heutige gesellschaftliche Ordnung beherrschen, wird so oft verkannt, und als eine verfehlte und destruktive Lehre verworfen. Die auf dieser Lehre Marx' begründete und emporgewachsene Sozialdemokratie wird noch immer als dogmatisch bejubelt und ihr Endziel auf Befreiung der Klassengenossen mit Hilfe der Vergesellschaftung des Privateigentums — ist bis heute noch das Ziel der Verspottung von Seiten der Feinde des arbeitenden und ausgebenteten Volkes.

Doch alles Verleumden der Sozialdemokratie und die Verkennung dieses Angebunktes ihres Programms ist vergeblich. Marx' historischer Materialismus erhält durch die Tagesereignisse — ob hier oder dort — glänzende Bestätigung; er ist eine absolut reale Lehre. Denn die Tatsache, daß alle Ereignisse der Welt durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte bedingt werden, wird immer augensichtlich.

Auch in Österreich. Auch hier wird die Kluft zwischen der Klasse der Besitzenden auf der einen und der Klasse der Ausgebeuteten auf der anderen Seite immer größer. Eine kleine Schicht der Finanz-, Industrie- und Agrarbourgeoisie, welche bis zur Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für den Reichsrat das ganze staatliche Leben ganz allein beherrschte, räumt unter heftigem Widerstand ihre alte Positionen, dem Druck eines neuen Faktors, des auf sozialdemokratischer Grundlage organisierten Proletariats, nachgebend.

Ein Kampf auf Tod und Leben wurde zwischen diesen zwei Klassen bei uns in Österreich erst mit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes recht offenkundig. Das österreichische Proletariat, durch fortwährend steigende Teuerung, die Ungewissheit der Existenz, Hoffnunglosigkeit in der Zukunft — bis das Alter und die Arbeitsfähigkeit eintreten — vorwärtsgetrieben, scharte sich in großer Anzahl um die Fahne der Sozialdemokratie und kam zu der Erkenntnis, welche entscheidende Aufgabe den wirtschaftlichen Kräften in der Entwicklung zufällt. Darum suchte man die Wege zur Erlangung eines Einflusses auf die wirtschaftliche Entwicklung. Und weil der breiteste und direkteste Weg die politische Macht ist, so stürzte sich das österreichische Proletariat in den Kampf um das allgemeine Wahlrecht, welcher endlich siegreich beendet wurde Der Sieg wurde aber in erster Linie erst durch die eigene wirtschaftliche Macht errungen! — Die Arbeiterschaft der Arbeiterschaft, diese Schöpferin unzähliger Werte und ungezählter Kapitalien, war es, die in diesem politischen Kampfe den entscheidenden Faktor bildete.

Die erste passive Resistenz auf den österreichischen Eisenbahnen im Jahre 1905 und der drohende Generalstreik der Arbeiterschaften waren die mächtigen wirtschaftlichen Kräfte, welche den schweren Kampf des österreichischen Proletariats zum Sieg führten. Doch kämpfte das Proletariat nicht nur darum, um das Wahlrecht um mit ihm einige Mandate zu erringen, sondern hauptsächlich darum, um sich des eroberten Wahlrechtes und der Mandate als Mittel zu einer weiteren Erringung wirtschaftlicher Erfolge zu bedienen.

Wenn also im Jahre 1905 der Kampf geführt wurde, um die politische Macht zu erlangen, so tragen die

Bestrebungen des Proletariats in den letzten Jahren das Merkmal an sich, die politische Macht in der wirtschaftlichen Entwicklung zu betätigen und auszuüben. Im Jahre 1905 war die wirtschaftliche Macht der Arbeiterschaft die stärkste bewegliche Kraft. Ein furchtbare Elend und Hunger trieben die Wut des ausgebeuteten Volkes bis auf die Meisterspitze. Demonstrationen, Straßenkämpfe fanden statt, ja an manchen Orten färbte Menschenblut das Straßengemäuer. Die Eisenbahner, auf dem Boden des Gesetzes stehend, unterbanden durch die passive Resistenz eine Pulsader des staatlichen Lebens nach der anderen. Im Brüderkrieg des Ministerpräsidenten saß damals jener Mann, der sich vor einigen Tagen — höchstlich auf Rücksicht auf Nimmerwiedersehen — empfiehlt, mußte — Baron Gaußsch.

Nun kommt aber die Regierung, um die Kapitalisten vor den Wirkungen der wirtschaftlichen Aktion der Arbeiterschaft zu schützen. Sie erklärt, daß die Eisenbahnerbediensteten kein Recht haben, eine solche Aktion in Szene zu setzen, da sie einem öffentlichen Unternehmen dienen, ja sie droht, ihre Exekutivgewalt anzuwenden, das Militär zum Eisenbahndienst einzuberufen, und sie bedient sich gegen das demonstrierende Volk des spätesten Ausnahms- und Standrechtes.

Zum Ruckuck, sollten nur die Kapitalisten, die Besitzenden ein Recht zu leben besitzen? Ist die Regierung als Exekutivorgan des Staates eher dazu berufen, die Bürger des Staates vor einer verbrecherischen Expreßion und vor dem Hunger zu schützen? Was für ein Urteil müßte sich das hungernde Volk über einen solchen Rechtsstaat bilden, welcher zuerst durch Jahrzehnte das Volk durch eine Handvoll von Kapitalisten und Spekulantien ausbeutet läßt, ja ihnen noch hilft und dann, wenn das hungernde Volk gegen eine solch unermeßliche Steigerung des Elends und der Not sich zur Wehr setzt will, ihm mit Militärgewalt entgegentreten und Galgen aufsrichten will?

Es bestehen Gesetze, sagt die Regierung! Freilich, sie bestehen. Aber es sind Gesetze, die das fleißig arbeitende Volk zum Hungertod verurteilen, und solche Gesetze werden und können nie respektiert werden. Der Selbsterhaltungsstreit idert sich um solche Gesetze nicht und geht über sie, sei es ruhig oder stürmisch, zur Tagesordnung über. Das lehrt uns die Geschichte in unzähligen Fällen und darüber belehren uns geschichtliche Ereignisse aus der Gegenwart: in England, Frankreich, Spanien usw.

Werden unsere österreichischen Staatsmänner aus der Geschichte lernen? Es scheint nicht, trotzdem die große Stube der Weltschule angelweit offen ist und trotzdem sie täglich die praktischen Lehren des großen Schulmeisters: des historischen Materialismus hören.

Schon im Jahre 1907 wurden die Wahlen in den Reichsrat im Beisein einer unerträglichen Teuerung abgeführt. Die Herren Kandidaten — und besonders die aus den Städten — versprachen der Wählerschaft feierlichst die energischste Hilfe gegen die Teuerung. Kein Kandidat wollte seine Wählerschaft kränken und jeder versprach das Blaue vom Himmel. Kaum aber daß er gewählt war, brach er das gegebene Wort. Alle bürgerlichen Abgeordneten — bis auf sehr selten Ausnahmen — stimmten die Teuerungsanträge der Sozialdemokraten nieder. Der neue österreichische Zolltarif, welcher die österreichische Bevölkerung der agrarischen Spekulation und den magyarischen Schweinehändlern auf Gnade und Ungnade ausließert, wurde mit den Stimmen der bürgerlichen deutschen und tschechischen Abgeordneten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten trotz aller Warijungen derselben angenommen. Und als in diesem Jahre die Sozialdemokraten im Parlament neue Teuerungsanträge stellten, wurden sie neuerdings von der bürgerlichen Majorität überstimmt; dies geschah trotz aller Versprechungen, daß sie Hilfe gegen die Teuerung bringen.

Keiner von den bürgerlichen Abgeordneten will die Regierung böse machen und darum stimmt er für die Forderungen des Militarismus und Marinismus, für neue Steuern und gegen die Volksnotwendigkeit. Zu Hause aber, vor den Wählern, spielt er eine elende Komödie, indem er nachzuweisen versucht, daß die Regierung nicht so viel Geld hat, um den „übertriebenen“ Forderungen der Sozialdemokraten zu willfahrene, die es ohnehin nicht ernst meinen, indem sie einerseits an die finanziellen Mittel des Staates große Anforderungen stellen, anderseits aber immer gegen das Budget stimmen. Die Pharisäer! Sie verschweigen absichtlich, daß die Sozialdemokraten prinzipiell gegen die horrenden Militärlasten stimmen, nicht aber gegen die faktisch notwendigen Bedürfnisse des Volkes. Es ist selbstverständlich, daß die bürgerlichen Abgeordneten die berechtigten Forderungen des Volkes nicht anerkennen wollen, denn sie fühlen nicht mit dem Volke, sie kennen seine Schmerzen und sein Elend nicht, da sie gewöhnt sind, in dem Volk den Vorn zu sehen, aus dem sie für ihre eigene Wohlfahrt schöpfen können. Damit nur sie in Wohlleben schwelgen können, damit nur ihre Kinder die beste Erziehung genießen können, um später Vermögen zu erwerben, Reichtum, Bürden und Auszeichnungen zu erringen: darum muß das so schwer arbeitende Volk Elend erleiden und die Kinder der Proletarier sind nur noch dazu gut, um sie in die blaue Uniform zu stecken und sie schließlich auf die Straße zu senden, um „Ordnung zu machen“, wenn das Volk etwas lautet spricht, als es den Ausbeutern lieb ist.

Klassenkampf und Tageskampf.

I.

Die Sozialdemokratie bezeichnet sich selbst als die einzige berufene und legitimierte Vertreterin der Interessen der arbeitenden Massen. In der Tat selbst ist auch bis zur Erweckung des sozialistischen Bewußtseins unter der Arbeiterschaft, wie es in Deutschland und etwas später in Österreich durch die zündende Agitation Ferdinand Lassalle geschah, von anderer Seite kaum ein ernster Versuch gemacht worden, eingehend

die Probleme der Arbeiterfrage zu untersuchen und zu studieren. Von Bischof Ketteler, dem Repräsentanten des wahren christlichen Sozialismus, dem heute so gerne der Versuch nachgerühmt wird, die moderne Arbeiterfrage richtig erfaßt zu haben, bleibt wohl nur die eine Tatsache aufrecht, daß es ihm nicht an wirklicher Christlichkeit und innerlicher Absicht gemangelt hat, wie dies heute bei den Epigonen des christlichen Sozialismus wohl fast durchwegs der Fall ist. Aber was ihm auch fehlte, war die richtige Erkenntnis von dem großen geschichtlichen Werden, von dem neuen ökonomischen Prozeß, der mit dem Aufstieg des modernen Kapitalismus vor sich ging und der für die unterdrückte arbeitende Klasse andere Ideale erfordert, als wie das alte Urchristentum, das in einem ökonomisch anders gearteten Zeitalter wurzelte, für die Menschheit gelehrt hatte. Für Ketteler war die Arbeiterfrage nicht mehr als ein ethisches Problem und von einer Ausgleichung der Klassen-gegensätze ist daher auch bei ihm nirgends die Rede. Am Ende seines Lebens, wo man das Urteil wohl als das Ergebnis einer gereiften Auffassung betrachten darf, äußerte er sich noch in einem Hirtenbrief über die Arbeiterfrage:

„Die Mühe der Arbeit ist die Buße, die Gott selbst allen Menschen auferlegt hat. Wer alle Mühen der Arbeit und der treuen Pflichterfüllung in diesem Geiste sein Leben hindurch freudig trägt, der führt ein wahrhaft bußfertiges Leben, wenn er auch sonst keine ernsten Bußewerke verrichtet, und er kann hoffen, daß ihm die Buße hierfür in einem anderen Leben erlassen wird. Bei der Mühe der Arbeit sollen wir ferner daran denken, daß sie uns alle Segnungen und Gnaden einbringt und daß immer Ruhe, Frieden, Freude und Zufriedenheit schon hier auf Erden der Lohn für die Mühe der Arbeit sind. Bei der Mühe der Arbeit sollen wir endlich unsere Augen oft und viel auf Christus wenden. Wer oft bei der Arbeit an das mühevolle Leben Christi sich erinnert, wird sich nicht mehr über Mühe beklagen und sie gebüldig ertragen. Er wird erkennen, daß er kein Nachfolger Christi sein kann, wenn er die Mühe des Lebens mit Widerwillen erträgt.“

Hier haben wir das unverfälschte Rezept, wie es die christliche Staatskirche seither gegen alle sozialen Uebel bereithält und wie es auch in der berühmten Enzyklika des Papstes Leo des XIII. neuerlich enthalten ist. Mit diesem Geist erfüllt, sind die christlichen Arbeitervereine und Fachgewerkschaften, wie sie unter Mitwirkung des Klerus entstanden sind, nie eine wirkliche Massenbewegung geworden, die die Bedürfnisse und das Fühlen der Arbeiterschaft erfaßt, und so als deren ernsthafte Vertretung hätte angeschen werden können. Eine Welt der Vergangenheit lag als Scheidewand zwischen der Gegenwart und den neuen Anschauungen der arbeitenden Klassen. Die Lösung der Arbeiterfrage durch den christlichen Sozialismus glich so einem Versuch mit untauglichen Mitteln.

Aber die bürgerliche Welt wollte mit dem Sozialismus dennoch fertig werden. In das Erdreich, das Lassalle durch seine flammende Agitation gelockt hatte, fiel der Samen einer neuen wissenschaftlichen Erkenntnis, die Marx und Engels mit ihrem epochalen Lebenswerk unter der Arbeiterklasse vorbereitet hatten. Aus der bloßen gefühlsmäßigen Erkenntnis von der Unvernunft der herrschenden Gesellschaftsordnung wurde eine auf nationalökonomischer Basis gefestigte klare Weltanschauung, in der man ein bestimmtes unverrückbares Ziel und die durch die vorausbestimmte Entwicklung vorgeschriebenen Wege hierzu sah.

So sehr nun aber der wissenschaftliche marxistische Sozialismus seine Grundanschauung darin hatte, daß einzelne wenige immer größere Massen von Reichtum und Macht sammeln, wodurch gleichzeitig die Masse des Elends, der Knechtschaft und des Drudes wächst, so sehr hatte er, wie das bereits im kommunistischen Manifest ausgesprochen ist, gleichzeitig die Erkenntnis geschoßt, daß damit „auch der Widerstand und der Gegendruck wächst“. Unter der rein mechanischen Tendenz, die vom Kapitalismus und seiner fort schreitenden Entwicklung ausgeht und die in der Verelendung immer größerer Massen besteht, wird zu gleicher Zeit eine Gegentendenz als psychologische Wirkung hervorgerufen, die die Massen zur Sammlung, zur Organisation und Vereinigung ihrer Kräfte veranlaßt, um so der herabdrückenden Tendenz des Kapitalismus zu begegnen.

In dieser präzisen Art, wie die Entwicklungs-tendenzen des Kapitalismus in der berühmten und viel umstrittenen Stelle des Kommunistischen Mani-festes formuliert sind, liegt zugleich der Grundgedanke von den eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften, die diesen in der sozialistischen Bewegung zukommt, und deren Bedeutung von Marx nirgends geleugnet worden ist. Sie sind jene mächtige, durch die kapitalistische Entwicklung selbst hervorgerufene Gegentendenz gegen dessen die Lebenshaltung herabsetzenden Wirkungen, die es verhindern, daß die Verelendung absolut und uneingeschränkt Platz greift, und die den Aufstieg und die Gegenwehr der arbeitenden Klassen garantieren. So sind sie zu einem gewaltigen Fundament der proletarischen Bewegung überhaupt geworden.

Die bürgerliche Welt, die also anders als mit der sehr bald bankrott gewordenen Gewaltspolitik mit der Klassenkampfbewegung der Arbeiterschaft fertig

werden wollte, versuchte nun zunächst in schläfer Be-rechnung diese mächtige und ständig anwachsende ge-werkschaftliche Bewegung mit ihrem Geiste zu erfüllen. Ging das auch nicht mit dem Geist der christlichen Staatskirche allein, so sollte es auf andere Weise ver-sucht werden, den großen Spalt zu überbrücken. Die Art, wie das versucht wurde, mußte der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Gestaltung des Landes angepaßt sein. So sehen wir in England nach Über-windung von härtnäckigen Kämpfen, die um die An-erkennung der Gewerkschaften geführt werden mußten, eine Periode einer scheinbaren Klassenvermö-hnung, wo der Gedanke der Neutralität die gewerkschaftliche Bewegung durchsetzt und ihr alle Merkmale einer ausgesprochenen Klassenpartei genommen hatte. Die Bourgeoisie hatte, nachdem ihre bevorzugte Stellung im Weltmarkt ihr den Aufstieg und die Vereicherung leicht gemacht hatte, alle Scheu über-wunden und sie schloß eine Art Pakt, indem man einen zeitweiligen Frieden in der Industrie durch rechtzeitige Zugeständnisse an die Arbeiter erkaufte.

Die englische Volkswirtschaft herrschte noch souverän am Weltmarkt und machte der Industrie ihre fabelhafte Expansion leicht. Sie hatte ja ein nur allzu natürliches Bedürfnis, in ihren kapitalistischen Eroberungszügen nicht unausgesetzt durch große Lohn-kämpfe gestört zu werden. Über die Zeit, wo die idyllische Ruhe dieser scheinbaren Klassenharmonie wieder durch das Lärmen neuer Kämpfe gestört wurde, kam auch in England wieder, wie das gerade die letzte Vergangenheit beweist.

Die Elektrizitätsarbeiter in Heiligenstadt und ihre Arbeitsordnungen.

II.

Der § 6 der Arbeitsordnung der L. f. Staatsbahndirektion Wien bestimmt:

„Die beim ununterbrochenen Betrieb, nämlich der Bedienung der Dynamos, der Akkumulatoren und der Hilfsapparate sowie der Maschinen und Kessel beschäftigten Personen arbeiten in zwei Schichten ... von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends und von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens“ Die Frühstücks-, Mittags- und Rausenpause wurde analog der Arbeitsordnung der Firma bemessen. Ferner tritt in der Wintersaison beim Schichtwechsel eine 18stündige, in der Sommersaison eine 20stündige Ruhepause ein, welche die eine Partie betrifft, während die andere Partie in der Wintersaison eine 12stündige, in der Sommersaison eine 30stündige Ruhepause hat.

Von einem Ersatzruhetag und von einem freien Tag in der Woche ist keine Rede mehr. Dafür gibt die Arbeitsordnung der Staatsbahndirektion als Konzession die Zeit zum Besuch des Vormittagsgottesdienstes frei, indem sie sehr eingehend die Feiertage der katholischen, griechisch-orientalischen und evangelischen Christen und jene der Juden bezeichnet. (§ 7.)

Über wir können rechnen wie wir wollen, diese ge-teilten Ruhepausen sind noch lange nicht der volle Ersatz-ruhetag, der bei der Firma noch separat außer der beim Schichtwechsel bedingten Ruhepause arbeitsordnungs-gemäß eingeführt war. Wir können ferner Seite für Seite der Arbeitsordnung der Staatsbahn durchgehen und noch so genau lesen: die Bestimmung des freien Tages ist darin nicht mehr enthalten! Und während die Arbeitsordnung der Firma eine neu und lange Arbeitszeit festgelegt hat, ist in der Staatsbahndirektion eine zehn Stunden festgesetzt! Das sind im Jahre 200 Stunden (der Schichtwechsel wurde bei dieser Be-rechnung berücksichtigt) 300 Stunden, um welche die Arbeiter mehr arbeiten müssen. Auf Tage umgerechnet, betragen diese 300 Stunden 33½ Arbeitstage (à 9 Stunden). Nehmen wir nur den geringsten Durchschnitts-taglohn von 3 Kr. an, so verliert jeder Arbeiter im Betrieb 100 Kr. jährlich. Rechnen wir sodann noch die jetzt entfallenden freien Tage des Jahres, das sind im ganzen 52, an welchen jetzt gearbeitet werden muß, dazu, sowie auch jene Ersatzruhetage, die im Jahre auch 52 aus-machen und welche die Firma den Arbeitern laut Arbeitsordnung gewährte, so werden jene Arbeiter, bei welchen die Ersatzruhetage nicht in Betracht kommen, die Hilfsarbeiter, jährlich eine Summe von 256 Kr., jene, welche den Ersatzruhetag noch separat hatten, eine Summe von 412 Kr. zu ihrem Schaden büßen!*) Das sind für Arbeiter ganz kolossale Summen. Man könnte sie ihnen aber widersprüchlich entziehen und darum ist die Eile heute begreiflich, mit der die Staatsbahnverwaltung daran geht, den Elektrizitätsarbeitern eine Arbeitsordnung zu geben, weil ihnen dadurch eine Arbeitsordnung genommen wird, die ihnen das gewährleistete. Es ist am Ende möglich — auch Indifferente finden eine Ausrede — daß vielleicht bloß die Eile, mit welcher die Arbeitsordnung hergestellt wurde, schuld trägt, daß den Arbeitern durch dieselbe ein so großer Schaden er-wächst. Man kann dies als Argument gelten lassen, insbesonders dann, wenn wir die Zeit in Betracht ziehen, welche das Eisenbahnministerium zur Herstellung der Arbeitsordnung für die Gesamtarbeiterchaft braucht, die so dringend notwendig ist und auf welche die Arbeiterschaft so große Hoffnungen legt — dies jedoch nur dann, wenn man aus ihr einst entnehmen können wird, daß die Arbeiterschaft nicht nur nicht geschädigt werden wird, sondern noch für sich etwas profitiert. Über die Zeit ... soll denn alles die Zeit bringen, bloß die Zeit, ohne jede Nutzen? Was hat nun die Zeit den Elektrizitätsarbeitern gebracht? Seit dem Erscheinen der Arbeitsordnung der Staatsbahndirektion, das war am 13. Juni 1903, hat die Zeit nach acht Jahren folgendes gebracht, daß wir

*) Der Schaden ist durch die Umrechnung von 6 auf 7 Tage natürlich noch größer. Die Umrechnung hatte damals den Zweck, den freien Tag aufrecht zu erhalten. Heute wird er den Arbeitern entzogen!

wieder in dem Erlass der Staatsbahndirektion Wien, S. 819/IV, 1911, nachlesen können:

„Die Bezahlung einer Überstunde in der Nachtschicht wurde lediglich durch Verleihen eines diesseitigen, bei der Verrechnung beteiligten Organes hervorgerufen und als mit keiner Vorschrift in Einklang zu bringen, fixiert!“ Das war im April 1911! Hingegen setzt die Arbeitsordnung der Staatsbahndirektion Wien, verfaßt im Jahre 1903 und noch gültig im Jahre 1911, im § 6 wortwörtlich folgendes fest:

„Die Überstunden werden, unbeschadet den entgegengestehenden Bestimmungen der für das definitive Personal erlassenen Dienstordnung, besonders entlohnt!“ Und das ist für die L. f. Staatsbahndirektion Wien keine Vorschrift! Dabei muß man noch wissen, daß sich die Arbeiter auf Drängen der Betriebsleitung (Inspektor Hansberger) von drei tatsächlich geleisteten Überstunden auf nur eine in Verrechnung gestellte Überstunde geeinigt haben, die ihnen nun auch abgestritten wird. Welch abscheuliches Vorgehen einer sich immer fürsorglich gebärdenden Verwaltung!

Die Zeit bringt also auch einen riesigen Rückschritt, das haben wir jetzt schon einmal geschenkt, und wir möchten heute schon die ganze Arbeiterschaft ganz gehörig gewappnet sehen, wenn die Arbeitsordnung, die das Eisenbahnministerium schon seit vielen Jahren studiert und vorbereitet, endlich erscheinen wird, damit auch die Arbeiterschaft Kraft und Stärke genug hat, Bestimmungen, die ihr schaden würden, entschieden abzuwehren. Entschiedener freilich, als das die Elektrizitätsarbeiter imstande waren, da ihnen die Staatsbahndirektion im Jahre 1903 eine Arbeitsordnung aufstropierte, die ihnen einen so großen Schaden brachte, welcher dadurch noch immer größer wird, daß sie die Staatsbahndirektion nicht einmal hält und für sie keine Vorschrift ist, wie der obenerwähnte Erlass behauptet. Und doch ist diese Verhauptung selbstverständlich auch nur ein ungeschickliches Hinaufdisputieren und nur darauf kommt es an, ob sich noch jemand unter den Arbeitern findet, der sich etwas, das zu seinem Schaden ist und offenbar zu unrecht besteht, hinaufdisputieren läßt. Da wird sich wohl derielle Vorgang wiederholen müssen, der sich schon im Jahre 1901 abspielte und das Gewerbeamt beschäftigte. Die Firma mußte damals durch Urteile dieses Gerichtes belehrt werden, daß geleistete Überstunden den Arbeitern auch bezahlt werden müssen. Es waren ganz ansehnliche Beträge, die damals die Arbeiter erhielten und vielleicht läßt es die Staatsbahnverwaltung darauf ankommen, ebenso verurteilt zu werden. Bisher hat das Vorgehen der Staatsbahnverwaltung noch das eine für sich, als eine L. f. W. a. g. s. p. a. k. a. angesehen zu werden, welche die aufgelaufenen Beiträge nur mittels Urteilspruches eines L. f. Gerichtes rückerstattet!

Warum war auch die Staatsbahndirektion Wien so leichtfertig, die Arbeitsordnung, die sie im Jahre 1903 herausgab und mittels Erlasses im Jahre 1911 so gerne verleugnen möchte, als einen Arbeitsvertrag zu betrachten. Im § 22 der Arbeitsordnung spricht sie nämlich ganz deutlich von diesem Arbeitsvertrag. Es heißt dort:

„Diese Arbeitsordnung, von welcher jedem der am Tage ihres Antrittes in der Hilfsanstalt beschäftigt gewesenen Arbeiter ein Exemplar gegen schriftliche, datierte Empfangsbestätigung eingehändigt wurde, wird für diese Arbeiter nach Ablauf des der Kündigungsfrist entsprechenden Zeitraumes zum Bestandteil des Arbeitsvertrages!“

Die Arbeiter müssen also den Empfang der Arbeitsordnung bestätigen, ja, so genau ging man dabei vor, daß sie sogar das Datum des Empfangs dazu setzen mußten, zum Zeichen, daß sie seit dem Tage des Antrittes der Arbeitsordnung mit dem geänderten, und zwar sehr zu ihren Ungunsten geänderten Arbeitsvertrag einverstanden seien. Aber was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Es kann nicht sein, daß der schon einmal zu Ungunsten der Arbeiter geänderte Arbeitsvertrag immer noch durch Erlässe ungünstiger ausgestaltet wird. Das ist Absolutismus. Ein Vertrag kommt nur dann zu Stande, wenn sich die vertragsschließenden Teile einigen. Denn auch die Arbeitsordnung als Arbeitsvertrag gleicht einem Gesetz: sie muß so wie dieses das Resultat gleicher Anschauungen sein, ihre Ergebnisse müssen beide Teile befriedigen. Ihre Wirkamkeit darf nicht beeinträchtigt oder gar in das Gegenteil verkehrt werden.“*) Aber bei der Staatsbahnverwaltung herrscht ein immerwährendes Bestreben vor, die Bediensteten und Arbeiter an Zeit und Lohn zu hämmern und zu schädigen, denn es erübrigt ein Erlass immer den andern. Der Nachweis ist durch diese unsre Ausführungen vollständig erbracht. Diese Erkenntnis wird selbst den letzten Indifferrenten aufrütteln, wenn er sieht, wie sein Vertrauen an die Verwaltung und den selbstkommenden Fortschritt immerwährend getäuscht wird. Dann wird es auch ihn mächtig ergreifen, in der Organisation nicht nur Schutz, sondern auch Betätigung zum Fortschritt zu suchen. Er wird sich endlich zum Hüter seiner Rechte aufschwingen, die alleits bedroht werden und wird, wenn es sein muß, sich verteidigend zu Wehr sehen oder gar um neue Errungenschaften kämpfen. Dann wird eine Bestätigung und Anerkennung solcher Arbeitsordnungen nicht mehr stattfinden können, die einmal in Kraft sind, einmal wieder nicht. Dann wird mit diesen anarchistischen Zuständen aufgeräumt werden und herrschen werden nur tatsächlich abgeschlossene Arbeitsverträge, nicht solche die Arbeiter bewohnernden Arbeitsordnungen! G. S.

*) Statt diese den Arbeitern im Jahre 1903 aufzutropfende Arbeitsordnung immerwährend durch Verschlechterungen zu bedrängen, wäre die Staatsbahndirektion Wien schon längst verpflichtet gewesen, sie durch den Arbeiterausschuss revidieren zu lassen. Nur der Arbeiterausschuss ist die Kompetenz, ein Vereinkommen herzustellen, das zur Bestätigung führt.

Gelesene Nummeru des „Eisenbahner“ wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferente weiter.

Konferenz des Magazinspersonales der Südbahn.

In einer Versammlung von Magazinsmeistern, Aufsehern und Magazinsdienern der Südbahn in Graz wurde der Beschluß gefaßt, eine Konferenz des Stationspersonals abzuhalten. Zu Ausführung dieses Beschlusses wurde von dem damals gewählten Aktionskomitee die Konferenz für den 5. November 1911 nach Graz, "Juliansäle, einberufen, und hierzu auch die Zentrale des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines eingeladen.

Am 5. November, 9 Uhr vormittags, versammelten sich 52 Delegierte aus 40 Stationen der Südbahn. Die Zentrale war durch Genossen A. Müller vertreten, die Ortsgruppe Graz I entstand die Genossen Landtagsabgeordneten Kollegier.

Genosse Wendl eröffnete die Konferenz, begrüßte die Erschienenen und konstatierte, daß der Besuch der Konferenz ein sehr lebhaftes Interesse an der Sache befunde.

Nachdem das Präsidium seine Funktionen übernommen, erteilte Genosse Ferenz dem Vertreter der Zentrale, Genosse Müller, das Wort.

Genosse Müller klärte zuerst auf, aus welchen Gründen die Zentrale diese Konferenz nicht selbst einberufen habe; erstmals fand im vergangenen Jahre eine Reichskonferenz dieser Kategorien statt und wurden die dort gefaßten Beschlüsse allen Bahnverwaltungen sowie dem Eisenbahministerium in Form eines Memorandums überreicht, außerdem sind in den derzeit gestellten Anträgen im Parlament auch die Forderungen dieser Kategorien inbegriffen. Der Vorwurf, die Zentrale der Organisation habe sich um die Magazinsmeister, Aufseher und Magazinsdiener nicht gekümmert, dürfte wohl hinfällig sein und Tatsache ist, daß sich umgekehrt diese Bediensteten um ihre Organisation bis dato noch nicht viel interessiert haben. (Zustimmung der Konferenzteilnehmer.)

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen schilderte Genosse Müller in treffenden Worten das Verhalten der bürgerlichen Abgeordneten in der Frage der Staatsbahnbedienstetenforderungen und ermahnt die Konferenzteilnehmer, in ihren Beschlüssen sich das möglich Durchführbare vor Augen zu halten und wünscht gedeihliche Beratungen.

Hierauf ergreift Genosse Kollegier das Wort, begrüßt die Konferenz im Namen der Ortsgruppe Graz I und fordert zu innigem Zusammenschluß in der Organisation auf.

Sodann erteilt der Vorsitzende dem Genossen Wendl, Personalkommissionsmitglied, zur eigentlichen Tagesordnung das Wort.

Genosse Wendl erklärt eingangs seiner Ausführungen, daß die Tagesordnung selbst schon das sagt, was die Konferenz beschließen will.

1. Ernennung sämtlicher Magazinsaufseher zu Magazinsmeistern und Erstellung eines Gehaltvorübungsschemas analog den Bahnmeistern.

2. Aufhebung der Ueberleitungsbestimmungen vom Jahre 1909 und zweijährige Vorrüdungsfristen bis zum Endgehalt.

3. Aufhebung des Akkords und Verwandlung der variablen Bezüge in fixe Pauschale bei allen drei Kategorien.

4. Beschlusffassung zu obigen drei Punkten.

Genosse Wendl erklärte im Eingang seiner Rede, daß die Forderung der Magazinsaufseher, zu Unternannten ernannt zu werden, nach zwei Richtungen hin vollauf Berechtigung habe. Erstens waren seinerzeit Bahnauflieher und Magazinsaufseher vollständig gleichgestellt, erst im Laufe der letzten Regulierungen wurden unberechtigterweise die Magazinsaufseher ganz einfach ad acta gelassen, was seinen Grund tatsächlich in nichts anderem haben konnte, als in der Indolenz und Gedankenlosigkeit der alten Magazinsaufseher selbst, die nicht begreifen wollten, daß man, um mit anderen mit fortsetzen zu können, sich organisieren muß. Heute müssen alle "Jungen" ausnahmslos darunter leiden. In zweiter Linie darf nicht übersehen werden, daß speziell die Kategorie der Magazinsaufseher auf eine ganze Reihe von provisorischen Dienstjahren zurückfällt, bevor sie überhaupt Magazinsaufseher werden. Es liegt schon in der Natur dieses Dienstes, daß unbedingt eine mehrjährige Praxis vorausgeht. So haben wir in der Station Graz allein Magazinsaufseher und Meister, die erst nach 8-, 12-, 15- und sogar 20jähriger Dienstleistung als Arbeiter, Schreiber und zuletzt Partieführer zu provisorischen Magazinsaufsehern mit dem Taggeld von Kronen 2-40 ernannt wurden. Bedenken Sie nun, 8, 12, 15 und 20 Jahre Taglöhner, sodann 1 Jahr Magazinsaufseher mit Kr. 2-40, dann 1 Jahr provisorischer Magazinsaufseher mit früher 900, jetzt 1000 Kr. Anfangsgehalt, und von da an 7, sage sieben Jahre, bevor er endlich mit 1200 Kr. Magazinsmeister wird. In diesen Ziffern liegt ein ganzes Kapitel Martyrium und wäre nur eine Untersuchungssünde der Verwaltung geführt, wenn der erste Punkt unserer Forderungen verwirklicht würde. Wenn man den Kollegen Bahnmeistern auf Grund ihrer Intelligenz entgegenkam, so sind wir in der Lage, ganz dieselben Gründe anzuführen, denn ein unintelligent oder minderwertiger Magazinsaufseher oder Meister würde den Geldbeutel der Verwaltung ganz gewaltig in Mitleidenschaft ziehen.

Nachdem zu diesem Punkt noch die Genossen Wohradschi, Brück, Cerny, Graz und Genosse Müller von der Zentrale gesprochen, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergegangen.

Genosse Ferenz führt zu diesem Punkt aus, daß durch die Ueberleitungsbestimmungen vom Jahre 1909 alle vorher gewährten Zugeständnisse aufgehoben wurden. Erstens werden die im Schema festgelegten zwei- und dreijährigen Vorrüdungsfristen auf 3, 3½ und 4 Jahre ausgedehnt, und den Magazinsdienern werden außerdem die seinerzeit als Ausgleichsdifferenz gegenüber dem früheren Jahressarbeitsverdienst als Partieführer gewährten Personalzulagen bei jedem Avancement ganz einfach gestrichen, wodurch die Magazinsdiener in Wirklichkeit durch sechs bis acht Jahre überhaupt von jeder Besserstellung trock des Avancements

ausgeschaltet sind. Genosse Ferenz beantragt aus diesen Gründen zweijährige Vorrüdung bis zum Endgehalt und außerdem für alle jene Magazinsdiener, welche bei ihrer Anstellung das 35. Lebensjahr überschritten hatten, ein außertourliches Avancement.

Genosse Forster aus Laibach befürchtet, daß die Magazinsdiener durch die Schreiber überstiegt werden könnten. Diese Befürchtung wurde durch mehrere Redner widerlegt.

Beim dritten Punkt: Aufhebung des Akkords und Verwandlung der variablen Bezüge in fixe Prämien, entpans sich eine sehr lebhafte Debatte, an der viele Delegierte teilnahmen. So wurde unter anderem hervorgehoben, daß dieses Akkordsystem schreie Unerichtigkeiten in sich birgt; beispielsweise in einer Station bei sehr starkem Verkehr und Arbeitsleistung geringere Akkordbeträge, als in einem schwachen Monat, daher vollständig willkürlich, wie eben der jeweilige Akkordreferent die sogenannte "Akkordregulierung" vornimmt. Ein Magazinsmeister oder Aufseher muß aus einer Akkordstation in eine solche ohne Akkord auf Substitution, bekommt allerdings 4, respektive 3 Kr. täglich Substitutionszulage. Seine Miete, der Aufwand der Familie zu Hause bleibt aufrecht, und nun bekommt der Mann für die Dauer seiner Substitution keinen Akkord, erscheint daher förmlich bestraft. Ueberhaupt ist es vernünftig, einer und derselben Person in einer Station 20 bis 30 Kr. Akkord verdienst zu geben, bei einer eventuellen Verlegung in eine Zwischenstation diesen Betrag jedoch zu nehmen. Es ist daher zu fordern, vollständig gleichmäßige Befolzung in allen Stationen, da ohnehin schon eine Abstufung im Quartiergeld festgesetzt ist.

Genosse Herweg beantragt 40 Kr. monatliches Pauschal für alle Magazinsmeister, Aufseher und Magazinsdiener zu fordern.

Auf Antrag des Genossen Ferenz wurde ein achtgliedriges Komitee zur Ausarbeitung der Anträge gewählt, und zwar von den Magazinsmeistern und Aufsehern die Genossen Wohradschi, Herweg, Cerny, Gasparic, von den Magazinsdienern die Genossen Ferenz, Forster, Finz und Kuh.

Nachdem sich bei Punkt 4 und 5 zahlreiche Delegierte in verschiedener Weise sehr lebhaft aussprachen, brachte das Komitee die Anträge stilisiert zur Kenntnis und Abstimmung.

1. Ernennung sämtlicher Magazinsaufseher zu Meistern und Erstellung eines Gehaltvorübungsschemas analog den Bahnmeistern.

2. Aufhebung der Ueberleitungsbestimmungen von 1909 und zweijährige Vorrüdung bis zum Endgehalt.

3. Aufhebung des Akkords für sämtliche Magazinsmeister, Aufseher und Magazinsdiener mit gleichzeitiger Gewährung eines fixen Pauschals von 40 Kr. monatlich.

4. Erstellung einer Rangliste der Magazinsdiener und Einberufung auf Grund dieser Liste in die Kategorie der Magazinsmeister.

5. Herabsetzung sämtlicher Monturen der Magazinsdiener auf ein Jahr Tragzeit.

6. Nachzahlung in den Pensionsfonds für die in provisorischer Eigenschaft zugebrachten Dienstjahre bis auf drei Jahre.

7. Aufhebung des 24/24stündigen Dienstes und Verwandlung in 12/24 Stunden.

Nach erfolgter Annahme dieser sieben Punkte beantragte Genosse Wohradschi, diese Forderungen durch eine Deputation, von der Zentrale des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines vorgeführt, der Generaldirektion zu unterbreiten.

Es wurden hierauf von den Magazinsmeistern und Aufsehern die Genossen Herweg, Gasparic, Gruber und Cada, von den Magazinsdienern die Genossen Anton Ferenz, Forster, Finz, Grabner und Matay vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Genosse Wendl, als Personalkommissionsmitglied wurde beauftragt, sich dieser Deputation ebenfalls anzuschließen.

Am Schlusse des Punktes "Allgemeines" wurde von Genossen Ferenz die Anregung gemacht, einen Dispositionsfonds einzuführen. Die nähere Ausarbeitung und Bekanntgabe an alle Stationen wird das Aktionskomitee in Graz übernehmen.

Mit einem Appell an die Solidarität aller Magazinsmeister, Aufseher und Magazinsdiener und Aufforderung zum Ausbau der Organisation schloß der Vorsitzende, Genosse Ferenz um halb 7 Uhr die Konferenz.

Inland.

Das Arbeitsprogramm des Abgeordnetenhaus. Der Vorstand des Klubs der deutschen Sozialdemokraten beschäftigte sich in einer Sitzung mit den parlamentarischen Arbeitsprogramm vor Weihnachten. Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß noch vor Weihnachten unbedingt die zweite Lesung der Eisenbahnervorlage und der Teuerungsanträge vorgenommen werden soll, ferner die erste Lesung der Bergarbeiteranträge, des Antrages Dr. Adler betreffend die Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben, des Antrages Hanisch betreffend die Arbeitszeit der gewerbl. Hilfsarbeiter, der Anträge Löw und Domes betreffend die Unfallversicherung im Baugewerbe und im Schmiedegewerbe (diese ersten Lesungen selbstverständlich nur, falls es nicht gelingen sollte, diese wichtigen sozialpolitischen Anträge ohne erste Lesung dem Ausschuß zugezuweisen). Es wurde beschlossen, das Präsidium zu beauftragen, in der Ödmännerkonferenz mit aller Entschiedenheit dahn zu wirken, daß diese Gegenstände, unbeschadet der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums unbedingt noch auf die Tagesordnung kommen. In Erledigung dieses Antrages wurde den anderen Parteien mitgeteilt, daß der Klub für den Fall, als in der nächsten Sitzung das Budgetprovisorium noch nicht vorliegen sollte, den Tagesordnungsantrag stellen wird, sofort in die Verhandlung der Eisenbahnervorlage einzutreten.

Der Nationalverband für den § 14. In allem revidieren die deutschen Helden ihre frühere Überzeugung. Sie waren einmal antiklerikal, heute sagen sie, daß es durchaus im Interesse der Volkserziehung liege, wenn die Pfaffen einen ausgiebigen Einfluß auf die Volksschule

haben. Sie vertraten einmal das Bürgerrecht gegen die Autokratie, heute kriechen sie vor den Ministern auf dem Bauch. Einmal kämpften die Helden mit aller Entschiedenheit gegen den Absolutismus, gegen den Missbrauch des § 14, hielten scharfe Anklagereden gegen die Verfassungsbrecher auf der Ministerbank, heute votieren die Edlen, daß § 14-Verordnungen genehmigt werden. Das geschah gestern im Budgetausschuß, dem unter anderem die Biedermeierlichen § 14-Verordnungen betreffend das Budgetprovisorium, die Schiffsahrtssubventionen und die 67 Millionenanleihe zur Behandlung zugewiesen worden sind. Die Sozialdemokraten stellten den Antrag, daß die Verordnung nicht genehmigt werde. Man soll einmal ein Beispiel statuieren an den Verfassungsbrechern und die ausdrückliche Nichtgenehmigung einer § 14-Verordnung würde genügen, jene aktiven Minister, welche die § 14-Verordnung mit unterschrieben, aus dem Amt zu jagen. Über die deutschen Helden haben sich mit den Verfassungsbüchern schon abgefunden. Die Zeit, wo sie Minister, die mit dem § 14 wirtschafteten, an den Galgen wünschten, liegt weit zurück. Heute ist der Mann, der dem § 14-Minister mit dem Galgen drohte, selbst Minister, missbraucht selbst den § 14 und die deutschen Helden stehen als getreue Mamelucken hinter ihm. Kein einziger der deutschen Helden hat für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt. Mann für Mann traten sie ein für die Genehmigung der § 14-Verordnungen. Und mit ihren Stimmen wurde dem Biedermeierlichen Verfassungsbüch Sanktion erteilt. — Voraus man wieder einmal ersieht, welch' ergebene Mamelucken die Regierung an den Nationalverbändlern hat.

National und freiheitlich. Der "Deutsche Gehilfenverein" in Norwitz bei Arnau rückte feierlich aus, als der neue Pfarrer installiert wurde, der nicht nur ein römischer Pfaffe, sondern auch ein wachsender Tschätz ist. Wie heißt es doch in dem heimischen Gedicht: "Ich bin kein Römling, ich bin kein Sklav", ein deutscher Esel bin ich doch...

Das Koalitionsrecht der Beamten. In einer der letzten Sitzungen des Staatsangestellenausschusses kam das Koalitionsrecht der Beamten zur Verhandlung. Abgeordneter Glödel (Sozialdemokrat) stellte gegenüber dem Regierungsentwurf folgenden Antrag: Der Beamte hat sich in seiner Amtsführung der von ihm bekleideten Stellung würdig zu erweisen und seine persönliche Achtungswürdigkeit zu wahren. Der Beamte darf unter Berufung auf sein Dienstverhältnis nicht an der Ausübung seiner staatsbürglerlichen Rechte gehindert werden.

Demgegenüber stellt der deutsche Nationalverbänder Marchl folgenden Antrag: Der Beamte hat sich der von ihm bekleideten Stellung würdig zu erweisen und sein Verhalten mit der notwendigen Wahrung der Disziplin in Einklang zu bringen.

Der Deutsche Nationalverbänder Dinghofer stellt zu diesen beiden Anträgen den Zusatzantrag, daß auch die außerdienstliche Tätigkeit des Beamten unter Beurteilung seiner Vorgesetzten fällt.

Der Antrag Marchl wurde mit 18 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Dinghofer wurde mit 21 Stimmen abgelehnt. Für diesen reaktionärsten Antrag stimmten von den Deutschen Nationalen die Abgeordneten Dinghofer, Heine, Hofmann v. Wellenhof, Marchl, Weber, Benker und der Christlichsoziale Kuhn.

Für den Antrag Glödel stimmten 16, dagegen auch 16 Abgeordnete, und der Vorsitzende Abgeordneter D'Elvert dirimierte für diesen Antrag, so daß der Antrag Glödel angenommen ist. Gegen diesen Antrag hat nur noch der Deutsche National Marchl gestimmt und alle Christlichsozialen, und zwar die Abgeordneten Brandl, Guggenberg, Ferzabek, Kemetter, Kuhn und Nienöhl.

Der Antrag, welcher der Regierung die Möglichkeit gibt, die Mitgliedschaft bei Vereinen zu verbieten, wurde gestrichen.

Kron redivivus. Das Amtsblatt verlautbart die Ernennung des nationalverbändlerischen Abgeordneten Landesgerichtsrats Dr. Richard Marchl zum Oberlandesgerichtsrat. Dieses Avancement ist einer der nun schon üblichen Nationalverbandskandale. Dieser Landesgerichtsrat ist nämlich der Abgeordnete Marchl, der mit Überspringung zahlreicher Bordermänner avanciert ist. Im Jahre 1909 wurde Marchl Landesgerichtsrat. Wenn er damals auch schon Abgeordneter war, so war doch das damalige Avancement in der Ordnung, denn die Meile war an ihm. Nun ist er nach zwei Jahren zum Oberlandesgerichtsrat avanciert. Herr Dr. Hohenbürger weiß seine Parteifreunde zu belohnen. — Kron, Schreiner, Marchl — es gibt doch noch positive Arbeit im Nationalverband — und jedenfalls für die betreffenden Herren sehr einträgliche.

Weil die Unternehmer nichts verdienen! Im ersten Halbjahr 1911 wurden in Österreich 21 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 47-78 Millionen Kronen gegründet, gegen 23 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 43-13 Millionen Kronen im ersten Halbjahr 1910, gegen 15 Aktiengesellschaften mit 23-77 Millionen Kronen im ersten Semester 1909, gegen 14 Gesellschaften mit 35-5 Millionen Kronen im ersten Semester 1908 und gegen 33 Gesellschaften mit 86 Millionen Kronen im ersten Semester 1907. — Kapitalerhöhungen führten insgesamt 60 Gesellschaften durch, die ihr Aktienkapital um rund 222 Millionen Kronen erhöhten, gegen 38 Gesellschaften mit rund 164 Millionen Kronen im Vorjahr, 31 Gesellschaften mit 44 Millionen Kronen im ersten Semester 1909 und 27 Gesellschaften mit 40-4 Millionen Kronen im Jahre 1908. — Die Gründung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung hat im ersten Semester 1911 wieder einen mächtigen Aufschwung erfahren; es sind auf die Gebiet die höchsten Biffen zu verzeichnen, sowohl was die Anzahl der Gründungen als auch was die Gesamthöhe des Kapitals betrifft. Es wurden 236 Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital von 43-3 Millionen Kronen, gegen 179 Gesellschaften mit 31-77 Millionen Kronen im ersten Se-

mester 1910, 145 Gesellschaften mit 39.47 Millionen Kronen im ersten Semester 1909 und 134 Gesellschaften mit 39 Millionen Kronen im ersten Semester 1908 gegründet. Das eingezahlte Stammkapital beträgt 37.8 Millionen Kronen, gegen 26.5, 29 und 35 Millionen Kronen in den drei Vorjahren, das bar eingezahlte Kapital 23 Millionen Kronen, gegen 16.78, 12.7 und 13.13 Millionen Kronen in den drei Vorjahren. Ferner haben 37 Gesellschaften mit beschränkter Haftung ihr Kapital um rund 4 Millionen Kronen erhöht. — Auch auf dem Gebiet der industriellen Einzelunternehmungen war die Gründungstätigkeit im ersten Semester 1911 recht lebhaft. Es wurden im ersten Semester 138 neue Fabriken gegründet, gegen 187 während des ganzen Jahres 1910 und 15 Betriebe erweitert gegen 36 während des ganzen Jahres 1910.

Lehrreiche Ziffern. In der Nr. 80 der „Zeitung des Vereines deutscher Eisenbahnverwaltungen“ erschien nachstehende Zusammenstellung der durchschnittlichen Entlohnungen der Eisenbahnbedienten verschiedener Staaten im Jahre 1908 und vor 15 Jahren im Jahre 1893:

Staatsbahnen	Durchschnittsbelohnung eines Angestellten im		Steigerung in Prozenten während dieses Zeitraumes
	1893	1908	
Ungarn	829	1203	45
Österreich	880	1023	16
Breisgau-Hessen	1207	1542	28
Bayern	1447	1589	9
Sachsen	1169	1554	33
Holland	969	1262	31
Rumänien	811	990	22

Dieses Ziffernmaterial ist für uns äußerst wertvoll. War doch nach diesem im Jahre 1908 die durchschnittliche Entlohnung eines österreichischen Eisenbahners nahezu gleichstehend der des rumänischen Eisenbahners und wesentlich ungünstiger, als die in den anderen Staaten. Auch der ungarische Eisenbahner, der im Jahre 1893 seiner durchschnittlichen Entlohnung nach weit dem österreichischen Eisenbahner zurückstand, überholte letzteren im Laufe dieser 15 Jahre um nahezu 20 Prozent. Der österreichische Eisenbahnbedienten hat, mit Ausnahme des bayrischen, der schon 1893 in seiner Durchschnittsentlohnung hoch über seine Berufskollegen der anderen Staaten stand, im Verlauf dieser 15 Jahre die geringste prozentuelle Steigerung seiner Bezüge erfahren. Es ist hier von einer Seite, vom Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen, von der man nicht erwarten kann, daß sie den österreichischen Eisenbahnbedienten aus tendenziösen Gründen Agitationsmaterial liefert, ziffermäßig festgestellt, daß der österreichische Eisenbahner betreffs seiner Entlohnung äußerst ungünstig gestellt ist, daß die Steigerung seiner Bezüge nur minimale waren und daß er mit vollem Anrecht Anspruch auf eine einschneidende Verbesserung seiner Entlohnungsverhältnisse erhebt.

Ausland.

Große Arbeitskämpfe im Deutschen Reich.

Der letzte November und der 1. Dezember haben für die Arbeiterschaft von Berlin zwei folgenschwere Entscheidungen gebracht: die Aussperrung der Metallarbeiter und das Scheitern der Einigungsverhandlungen in der Damenkonfektion. In zwei der stärksten Industrien der Hauptstadt ist damit der Kriegszustand eingeführt, an die hunderttausend Berliner Arbeitersfamilien sind in unmittelbare Mitleidenschaft gezogen.

Im Brennpunkt des Kampfes in der Metallindustrie steht der Streik der Formar und Gießereiarbeiter, den die Unternehmer durch Androhung einer Aussperrung von 60 Prozent ihres Personals niederschlagen versuchten. Eine Vereinbarung zur Beilegung des Streiks ist lang, da die Formar in ihrer Versammlung am letzten Donnerstag acht der vierzehn vorgeschlagenen Verständigungsparagraphen ablehnten. Den starken Widerstand fand dabei die Bestimmung, daß Gussauschuss nur bezahlt werden soll, wenn den Formar keine Schuld trifft, denn die Arbeiter befürchteten, daß ihnen immer die Schuld am Mißlingen des Gusses zugeschrieben werden würde.

Zu sehr bemerkenswerter Weise hat sich der Vorsitzende des Verbandes der Berliner Metallindustriellen, Kommerzienrat v. Borsig, über die Aussperrung ausgesprochen. Er sagte zu einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“:

„Die Lage der Berliner Formar ist durchaus nicht so ungünstig, wie sie von den Arbeitnehmern hingestellt wird oder wie sie es tatsächlich in vielen Städten der Provinz ist. Die Arbeitskräfte müssen in Berlin viel teurer bezahlt werden als in der Provinz, ohne daß die Leistungsfähigkeit eine im Verhältnis größere wäre.“

Da die Entwicklung der Verhältnisse in der Metallindustrie zurzeit eine Aufspaltung und Konzentrierung aller Kräfte auf Berlin erfordert, wird man sich das Geistigen des Berliner Unternehmervorstandes für spätere Gelegenheiten merken müssen. Es behält für die „Provinz“ einen dauernden Wert.

Borsig führte dann weiter aus, daß die Unternehmer den Formar gegenüber zu großem Entgegenkommen geneigt seien, da ein starkes Unterangebot von Kräften bestehe und ein Formar, der ein Werk verlasse, oft schon wenige Stunden später andernwärts beschäftigung finde. Wenn sich die Unternehmer gleichwohl wichtigen Forderungen der Formar gegenüber ablehnen verhalten, so liegt das offenbar nicht in den Verhältnissen der Branche selbst begründet, sondern das Verhalten der Arbeitgeber beruht auf der Hoffnung, durch die Aussperrung der übrigen Arbeiter einen Druck auf die Formar ausüben zu können. Man sieht hier an einem interessanten Beispiel, welchen Wandlungen das berühmte Gesetz von Angebot und Nachfrage unter dem Einfluß der modernen Wirtschaftsorganisationen unterliegt.

Die Zahl der Ausgesperrten wird von Unternehmenseite schon für den ersten Tag mit 50.000 bis

60.000 Mann angegeben. Eine Arbeiterzahl, stark genug, die Bevölkerung einer bedeutenden Mittelstadt zu bilden, ist damit ihrer gewohnten Nahrungsquelle beraubt und auf die Unterstützung durch die Organisation angewiesen.

Ahnlich wie in der Metallindustrie haben sich auch in der Damenkonfektion die Dinge entwickelt. Auch hier verbreiteten sich die Arbeitgeber nicht von vornherein ablehnend, sie konnten sich aber auch nicht zu Zugeständnissen entschließen, die den ausgebrochenen Kampf rasch beendet haben würden. Etwa 20.000 Personen, darunter zumeist elend bezahlte Heimarbeiterinnen, kommen für diesen Kampf zunächst in Betracht, eine Zahl, die sich bei längerer Dauer des Streiks noch vermehren kann.

Gerauschos und ohne offensichtliche Neuherungen der Leidenschaft, wie in einem modernen Kriege, hat sich auch bei diesen großen modernen Arbeitskämpfen die Entwicklung vollzogen. Mit bewundernswertem Selbstbeherrschung und Ordnung ziehen die gewaltigen Massen in das große Ringen, zu dem sie die hilfsbereite Sympathie aller Arbeiter des Reiches begleitet. Berlin ist nicht nur die Hauptstadt, sondern auch die größte Industriestadt des Reiches: Siege, die dort errungen, Niederlagen, die dort erlitten werden, wirken in den Verhältnissen des ganzen Reiches nach.

Die Spaltung der französischen Eisenbahnerorganisation. Die Spaltung der französischen Eisenbahnerorganisation ist nun eine vollzogene Tatsache. Ganz offenbar hat es auf beiden Seiten am guten Willen gefehlt, den verhängnisvollen Schritt aufzuhalten. Der reformistische — Vorsitz des Verbandes hat es abgelehnt, den in einer anfechtbaren Abstimmung gefassten Beschluß des letzten Kongresses, die Organisation in eine lose Föderation der verschiedenen Neige aufzulösen und den Sitz nach der C. G. T. zu verlegen, auszuführen, worauf die revolutionären Gruppen beschlossen, die Zahlungen an die Zentrale einzustellen und eine Organisation gemäß dem Kongressbeschluß zu bilden. Der Vorsitz antwortete darauf, indem er diese Ortsgruppen formell ausschloß und beschloß, gegen die Kassiere der Ortsgruppen, die die statutären Beträge nicht abliefern, mit der gerichtlichen Verfolgung vorzugehen. Die Funktionäre der revolutionären Gruppen haben sich nun am Mittwoch versammelt und beschlossen, die neue Organisation vom 1. Januar 1912 in Funktion treten zu lassen. Sie wird den Namen „Nationale Föderation der Eisenbahntransportunternehmungen“ führen im Gegensatz zum „Nationalen Syndikat“.

Der Konflikt wird wohl auch auf die Arbeitskonföderation zurückwirken, da diese für jeden Beruf nur eine einzige Organisation anerkennt und die Revolutionäre des neuen Verbandes zweifellos in der C. G. T. auf Sympathien zu rechnen haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Berurteile christlichsoziale Gewalttäter. Vor einem Erkenntnisrat wurde die Verhandlung gegen zwei christlichsoziale Gewalttäter beendet, die am 9. Juni in einer christlichsozialen Wählerversammlung in Döbling, in der der Kandidat Auhu und der damalige Handelsminister Dr. Weislirchner sprachen, den Genossen Hugo Spieß in geradezu bestialischer Weise mißhandelten, so daß er wochenlang im Bett liegen mußte und länger als einen Monat berufsunfähig war. Die beiden christlichsozialen Gewalttäter sind der Fleischhauermeister Wenzel Sojka und der Gemischtwarenhändler Josef Rathwaller. Die Verhandlung gegen die beiden war schon zweimal verlängert worden. Die beiden christlichsozialen Röhringe wurden verurteilt zu je zwei Monaten Kerker sowie zur Zahlung von fünfhundert Kronen Schmerzensgeld an den Verletzten, die sie gemeinsam zu zahlen haben. Vorsitzender der Verhandlung, die bis in die Abendstunden dauerte, war Landesgerichtsrat Dr. Aichinger, die Anklage vertrat Staatsanwaltstellvertreter Dr. Urbanitsch, den Privatbevollmächtigten vertrat Dr. Harpner und als Beleidiger fungierten für Sojka Dr. Wackernell und für Rathwaller Dr. Fasser. Interessant war es, daß die von den Angeklagten geführten Zeugen fast durchwegs städtische Angestellte sind. Es befanden sich unter den verurteilten Zeugen der Verkehrsleiter der städtischen Straßenbahnen Rudolf Bichler, der städtische Amtsdienner Karl Haas, der damals Ordner in der Versammlung war, der städtische Beamte Julius Schmerka, der städtische Strassenauflseher Josef Hausknopf, der städtische Buchhaltungsbeamte Josef Führmann, der städtische Pflasterermeister Franz Wolf, der städtische Strassenauflseher Karl Aufhäuser, der städtische Parteiführer Leopold Horat, der zuerst Mitbevollmächtigter war, der städtische Kanzleihilfe Anton Kosch, der Rathausportier Georg Mayerhofer und der christlichsoziale Bezirksrat und Gaffwirt Johann Schießl. In der Verhandlung schilderte Genosse Spieß nochmals seine Erlebnisse in der Versammlung. Seine Darstellung wurde von einer Reihe anderer Zeugen bestätigt. Es gab einer an, daß Sojka noch äußerte: „Ich hab' ihn ausspielen wie ein Käibl“, und ein anderer, daß Sojka sagte: „Halt' es mir nur auf, lass' ich hab' ihm eh guat g'habt!“ Diese Neuherung wurde namentlich von dem Tischlergehilfen Ignaz Körber bestätigt, der damals auch in der Versammlung war. Die Entlastungszeugen wollten die Angeklagten gewöhnlich während der Prüfung an anderen Orten gesehen haben. Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung der beiden Angeklagten wegen Verbrechens der schweren körperlichen Verletzung nach § 167, der bestimmt, daß bei einer schweren Körperverletzung, wenn der wirkliche Täter nicht zu erweisen sei, jeder wegen Verbrechens strafbar ist, der an den Verletzten Hand angelegt hat. Der Gerichtshof verurteilte hierauf die beiden christlichsozialen Gewalttäter, wie eingangs angeführt, zu je zwei Monaten Kerker sowie zur Zahlung von fünfhundert Kronen Schmerzensgeld.

Streiflichter.

Chaim Nasselduft und die antisemitische „Deutsche Arbeiterpartei“. Wir lesen im Karlsbader „Vollswill“ folgende lustige Geschichte: Wer hätte das zur Zeit der letzten Reichstagswahl geglaubt, daß der Kandidat der „Deutschen Arbeiterpartei“ im Karlsbader Landgemeindebezirk, der „antisemitische, deutsche Arbeiter“, Herr Anton Grimm, wenige Monate später die großen Stiebeln anziehen und nach Galizien fahren würde, um für seine „Volksgenossen“ mit Chaim Nasselduft und Schloime Kanzleigitterbestandteile Geschäfte zu machen? Daß der „antisemitische deutsche Arbeiter“ ein besonderes Haible für Juden hat, das haben wir ja schon während der Wahlkampagne gesehen, als er in Maierhöfen unter

dem Vorsitz des Porzellanfabrikbesitzers Moser seine „Rede“ gegen die „Judensozi“ hielt. Aber nun ist er noch um einen Schritt weitergegangen, einen sehr großen Schritt, nämlich bis nach Galizien zu Chaim und Schloime. Das aber kam so: Die „Deutsche Arbeiterpartei“, deren Abgeordneten dagegen stimmt, daß den Arbeitern billiges Fleisch geboten werde, schickte ihren Führer nach Galizien, damit er dort „billig“ Erdäpfel einlaufe. Herr Grimm macht sich auf die Misshaften des östlichsten Österreichs spazieren. „Man muß sich doch davon überzeugen, was man „lauft“, war der Wahlspruch der „Deutschen Arbeiter“ und Herr Grimm begann also zu handeln. Wie würde es uns einfallen, an der Tüchtigkeit des „Deutschen Arbeiters“ zu zweifeln, aber der Geschäftsmann eines Galizianers ist doch noch mehr entwidelt als der eines deutschen Arbeiters, und so mußte die „Deutsche Arbeiterpartei“ in dem geschäftlichen Ringkampf zwischen Herrn Anton Grimm ihrem Führer, und Chaim Nasselduft das kürzere Ende ziehen. Der Kandidat der „Deutschen Arbeiterpartei“ schloß nicht mit dem ersten Kandidaten schon das Geschäft ab, sondern es ging sehr gewissenhaft die ganze Reihe der schwarzen, roten und goldgelockten Jüden ab, bis er endlich den Ehrenmann fand, der ihn am besten anschmerte. Zu Hause warteten die „Deutschen Arbeiter“ feindselig auf den Ausgang der Unterhandlungen, die ihr Führer mit Herrn Chaim Nasselduft pflegte. „Kenne se mir garantieren, daß die Erdäpfel tömma als ä gefünder nach Karlsbad?“ fragte der gelbe Führer. „Nü, wörum soll jach nig garantieren?“ entgegnete der Ehrenmann Chaim Nasselduft. „Dö Haupfach“ is, daß se bezohl'n dö Erdäpfel im vorhinein.“ Stolz antwortete ihm der Führer der Karlsbader Jüden: „Wörum soll jach ni gleich bezahl'n? Schiden Sä so nur.“ Und fuhr nach Hause, begleitet von den Segenswünschen Schloime Kanzleigitterbestandteils, Chaim Nasselduft und dessen schöner Hälfte, Rosalie Nasselduft, geborene Bauchgärtner. Nach einmal wandte sich Herr Grimm um und sagte dem Geschäftsfreund, um ganz sicher zu sein: „Herr Nasselduft,“ sagte er, „wenn Sä schöne Erdäpfel liefern, wär'n Sä erannt zum Ehrenmitglied der Karlsbader „Deutschen Arbeiterpartei!“ Herr Nasselduft aber freute sich sehr darüber und arbeitete die ganze Nacht hindurch, um die Waggons zu laden, damit nicht zugleich ein Lichtstrahl des Tages und das Auge des Gesetzes die „guten Kartoffeln“ sehen möchte... — Beim „Deutschen Arbeitersektorat“ in Karlsbad aber konnte man bald darauf eine herzige Szene beobachten. Im Fenster lagen einige Dreckklumpen und am schmutzigsten von allen war ein kleines Fäschchen angebracht mit der Aufschrift: „Billige Kartoffeln“. Vor dem Fenster standen unausgesetzt Gruppen fröhlicher Menschen. Ab und zu aber stürzten mit flammenden Blick und drohender Gebärde im eiligen Schritte Männlein und Weiblein zur Tür des Sekretariats hinein. Das waren die, welche die „billigen Kartoffeln“ gekauft hatten. Nach zwei Tagen verschwanden die schmutzigen Klumpen aus dem Fenster des „Deutschen Arbeitersektorats“ und eine Scheuerfrau fegte mit starker Hand die letzten Überreste weg. — Chaim Nasselduft ist nicht zum Ehrenmitglied der „Deutschen Arbeiterpartei“ ernannt worden. — Wird ihn das kränken!

Bahnamtliche Schlamperei. Der „Morgen“ veröffentlicht das nachfolgende Schreiben: „Ich vergaß vor zirka acht Wochen auf einer Reise Kremsier-Wien im Coupé ein Paket. Inhalt: Ein schäbiger Pelz. Die Reklamation kostet jedoch nur 10 H. und der Pelz war mir teuer geworden, so reklamierte ich.“

Mit einer Promphheit — nach zweimal 24 Stunden — die selbst einen Hermann Bahr in Staunen gesetzt hätte, kam mir von Krasna an der Nordbahn der amtliche Bescheid: Paketabito; am Nordbahnhof, Gilgutstallmiete, zu beheben. Einen Tag später kommt wieder so ein amtlicher undelikater Wiss: Paket kann behoben werden gegen Aufzahlung von Kr. 128. Einen Tag später bekomme ich wieder so einen Wiss. Einen Frachtbrieft, in dem zu lesen war, daß sich die Spesen auf Kr. 223 erhöht hätten. „Lagerzins“, dachte ich mir und sandte hin. Ich bekam endlich meinen Pelz, der also mit einem Kostenaufwand von Kr. 223 wieder mein war, jedoch derart hergerichtet, daß man ebenso gut annehmen könnte, er habe Tripolis passiert.

Doch jetzt kommt der Triumph. Heute bekomme ich ein Schreiben der I. I. Nordbahn, portofreie Dienstfahrt, und ein I. I. Postamt überstellt solche wichtige Randbemerkung, steht die ominöse rote Marke auf und verurteilt mich zur Strafzahlung von 10 H. Ich zahle schnell, weil ich begierig bin. Gabe nämlich vor zirka zehn Jahren ein Offer bei der I. I. Nordbahn eingereicht. Warum? Das konnte die Erledigung sein. Doch ich ahnunglos Mensch! Nr. 42.010. I. I. österr. Staatsbahnen (Nordbahn).

Antwortlich Ihrer Reklamation (die datiert vom 15. September a. o., meine Regiebemerkung) nach einem vergebenen Paket wird Ihnen mitgeteilt, daß dasselbe nicht vorgefunden wurde.

Der Vorsitz des I. I. Bahnbetriebsamtes
Wien II Nordbahn.

Silentium! Es steigt: „O alte — östreichische Schlampe, du wirst wohl nie entschwinden...“

Hochachtungsvoll V. M.“

Aus Bahnmeisterkreisen. Bei den verstaatlichten Privatbahnen gibt es noch heute große Stationen mit unglaublicher Geleiseanlage und zahlreichen Gebäuden, in denen der Aufsichtsdienst von einem Bahnmeister besorgt wird, und in welchen der Bahnmeisterposten noch nicht normiert ist. Die Folge dieses veralteten Nebels ist, daß ein solcher den Doppeldienst besorgender Bahnmeister wegen dienstlicher Überanstrengung sehr häufig längere Zeit durch Krankheit dem Dienst entzogen wird und daß für denselben ein Substitut den Dienst besorgen muß. Es ist ganz unbegreiflich, daß diese Absurdität im Eisenbahndienst bis heute noch von keinem Aufsichtsorgan bemängelt wurde. Man muß aber um so mehr darüber staunen, daß man noch Herren Sektionsvorstände findet, welche dieses ganz unglaubliche System aus der Zeit, wo die Eisenbahn noch in der Wiege lag, für die heutige Zeit behalten wollen und daß sie den Mut besitzen, sich dahin zu äußern, daß ein Bahnmeister leicht und gewissenhaft besorgen kann. (?) Unter solchen Umständen kommt es dann in solchen Stationen häufig vor, daß von Seiten der anderen Dienststellen das Telefon im Bahnmeisterbüro fast den ganzen Tag in Anspruch genommen wird, um dem Herrn Sektionsvorstand verschiedene Mängel und Gebrechen an den Gebäuden anzusegnen und deren Behebung zu verlangen. Manche Dienststellen verlangen die Beseitigung vorgefunden

meiner Mängel nebstdem zu noch im schriftlichen Weg. Dadurch verliert ein solcher Sektionsvorstand viel an Zeit, welche er sonst anderen, bedeutend wichtigeren Dienststätigkeiten widmen könnte. Ebenso aber wie die Normierung neuer Gebäude meiste ist auch die Normierung der Brüdermeisterposten derzeit sehr notwendig. Nachdem heutzutage gar kein Mangel an den hierzu berufenen Bediensteten besteht, so hoffen wir, daß unsere im Interesse des Dienstes angestellte Betrachtung einem f. f. Eisenbahministerium, der I. I. Direktion, namentlich aber der neugebildeten und die Strecke bereisenden Normierungskommission nicht unbemerkt bleibt.

Korrespondenzen.

Mährisch-Schönberg. Der 18 Jahre alte Sohn des Streckenwächters Ladislav Jagala in Bohutin erkrankte am 18. Oktober. Am 16. Oktober fuhr die Mutter des erkrankten Kindes zum Bahnhof Dr. Gans nach Eisenberg a. d. M. und bat ihn, das erkrankte Kind zu untersuchen. Der Doktor erklärte der Frau des Bahnhofwächters, daß er heute nicht kommen, da er sich den Sonntag nicht verpauen will. Die Eltern des Kindes glaubten, daß der Bahnhofstochter der Abweisung kommen werde, doch der Dr. Gans hielt Wort und damit auch seine ärztliche Sonntagsruhe. Nachdem sich der Zustand des Kindes mehr und mehr verschlimmerte, so machte sich die Frau am 17. Oktober nochmals auf den Weg zum Bahnhof und ersuchte in den höchsten Worten, der Herr Doktor möge doch das schwerkrank Kind besuchen. Nach vielen und langen Bitten gerührte endlich der edle Mann, den Kranken zu besuchen. Er konstatierte damals eine leichte Magenerkrankung, die innerhalb acht Tagen heilen werde. Bei der Untersuchung äußerte sich der Bahnhofstochter, daß er noch nicht im Besitz eines Krankentests, deshalb auch nicht zur Behandlung verpflichtet sei. Überhaupt zahlte die Bahnhofverwaltung jährlich nur 500 Kr. und für diese geringe Summe lasse er sich nicht herumtreiben. Nach dieser vielsagenden Antwort des Bahnhofstochters Dr. Gans blieb freilich den Eltern des schwerkranken Kindes nichts anderes übrig, als zur weiteren Behandlung einen anderen Arzt zu holen. Nach einigen Tagen starb der Knabe. Jetzt kommt aber erxit der Pferdefuß. Obwohl der Streckenwächter Jagala Mitglied der Krankenfasse ist, so verlangt man doch von ihm, daß er die aufgelaufenen Kosten bezahlen soll. Hoch unser Bahnhofstochter Dr. Gans in Eisenberg a. d. March.

Brünn I. Welche Blüten die Langeweile zeitigt, beweist wieder einmal folgender Dienstauftrag, der an alle Dienststellen im Bereich der II. Sektion erlassen wurde: Die häufigen Verätzungen der Personen befördernden Büge sind geeignet, die Bahnhofsanstalten, namentlich aber die beim exekutiven Verkehrsdiensst verwendeten Beamten und Bediensteten vor der Offenheit zu kompromittieren und den Anschein zu erwecken, daß denselben die regelmäßige Verkehrsentwicklung gleichgültig geworden ist. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die zur Ermöglichung unabdingbar notwendiger Bauarbeiten und Erhaltungsarbeiten aufgestellten Langsamfahrsignale dem regelmäßigen Personenverkehr hinderlich sind, und sich auch andere unabwendbare Ursachen ergeben, die zur Verätzung wichtiger Büge führen, so ergeben sich auch leider viele Fälle, welche nicht allein das Publikum, sondern auch die Aufsichtsbehörde in der Aufschauung bestärken, daß es nötig ist, dem ausübenden Personal die Wichtigkeit der Regelmäßigkeit im Verkehr überhaupt und ganz besonders im Verkehr der Personen befördernden Büge ernstlich ins Bewußtsein zurückzubringen. Es werden daher die Herren Dienstvorstände ersucht, den denselben untergestellten Beamten, Unterbeamten und Dienern die vielen seitens der vorgesetzten I. I. Direktion und der hierseitigen Dienststellen erlassenen Kurrenden und Dienstaufträge, welche auf die Erzielung eines regelmäßigen Verkehrs abzielen, ernstlich in Erinnerung zu bringen und auch persönlich den Entschluß zu fassen, im Interesse des Ansehens der Anstalt im allgemeinen und der Standesehr der Eisenbahnamt und Bediensteten im besonderen, mit aller Energie auf eine ergaubliche und diensteifrig Ausübung des gesamten Dienstes hinzuwirken und das Standesbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl der zugeteilten Organe zu wecken und zu heben, und speziell alles daranzusezen, daß Verätzungen von Personen befördernden Büge auf absolut unvermeidbare Fälle reduziert, wenn nicht gänzlich vermieden werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es dem eifrigem Zusammenwirken aller Organe ohneweiters gelingen wird, eine Besserung in der Regelmäßigkeit des Verkehrs zu erreichen und es wird hierseitig bestimmt erwartet, daß die Herren Dienstvorstände die hierseitigen Bemühungen zur Erreichung der bestmöglich Regelmäßigkeit im Verkehr nach besten Kräften unterstützen werden und diese ebenso wohlwollende als ernsthafte Mahnung hinreichen wird, die erhoffte Besserung zu erzielen, ohne daß es nötig ist, unliebsamerweise mit strengen Maßregeln vorzugehen.

Der Zugförderungschef:

Der Verkehrschef:

Dichterich m. p.

Böhm m. p.

Der Bahnerhaltungschef:

Gerstenhengst m. p.

Nun Beamte, Unterbeamte und Dieners der II. Sektion, da habt ihr es. Nicht die alten defekten Maschinen, nicht die ungünstigen Terrainverhältnisse, nicht die ungurichtenden Stationsanlagen und die massenhaft auf der Strecke aufgestellten Langsamfahrsignale sind schuld, daß alle Büge mit bedeutenden Verätzungen verfehlten, nein, für Beamte, Unterbeamte und Dieners sei mit schuldig an der Schadwirtschaft. Nur die Herren Oberbeamten, die sich an den immer dichter werdenden Verkehr nicht persönlich dienstlich beteiligen, die in den Zentralstellen sich behaglich fühlen und gemütlich unterhalten, die sind an diesen Verätzungen vollständig unschuldig. Wenn diese Herren nur einen Monat den Dienst eines Beamten, Unterbeamten oder Dieners bei der Sektion II machen müßten und dabei so gewissenhaft und pflichteifrig arbeiten würden, wie sie es von uns verlangen, so würden sicherlich keine derartigen Erlasse das Personal belästigen. Nur schade, daß wir noch keine Instanzen haben, wo man den Herren Oberbeamten für ihre "Arbeiten" mit Strafen drohen kann.

Kolbnitz im Mölltal. Durch die Verfolgung des Adjudikanten Pfeiffer verlieren die Bediensteten auf dieser Strecke einen Vorgesetzten, der seine Untergesetzten als zu seinem Viehstand gehörige Wesen betrachtete. Dieser Mann, der sich einbildete, den Bestrebungen des Fortschrittes Einhalt gebieten zu können, mußte als Besiegter das Feld seiner unruhigend Tätigkeit verlassen. So wenig er den organisierten Eisenbahnherrn in ihren Bestrebungen schaden konnte, ebenso wenig hat sein brutales Benehmen gegen das Publikum und die Bediensteten dem Deutschtum genügt. Hatten wir doch endlich einmal gründlich Gelegenheit, das Gefühl und die Männer eines von Deutschland trennenden Beamten kennen zu lernen. Sein Nachfolger soll ein sehr einsichtsvoller Vorgesetzter sein.

Krems. Es hat ganz den Anschein, als ob Magazinmeister Wendl und der Heizhausarbeiter Kippes nur darauf trainiert wären, solche Leute die ihnen die Wahrheit sagen, aus dem Dienst zu bringen. Wendl selbst hat über Kippes folgendes zum Werkmeister Hüsli gesagt: "Kippes ist ein durch und durch verlogener Mensch und gehöre absolut nicht auf die Eisenbahn!" Kippes erzählte den Arbeitern, daß Wendl wegen der Abgänge bei der im Sommer stattgefundenen Materialsortierung mit 2 Kr. bestraft worden sei und er werde Sorge tragen, daß er das nächstmal mit 5 Kr. bestraft wird. Die

zwei scheinen sich einander wert zu sein. Der im Garten und in der Tischlerwerkstatt dienstmachende Oberheizer Böll sagt, daß die rote Socke im Heizhaus ausgemerzt werden müsse, daß früher keine Ruhe sein werde. Da kann er recht haben. Anderseits behaupten wir, so lange ein Kippes, ein Böll und ein Kauland mit ihrer Willkür im Heizhaus herrschen, wird keine Ruhe und kein Frieden eintreten.

Neumarkt in Steiermark. Eine außergewöhnliche Verrechnungsmethode hat sich der Bahnhofmeister Schärk gerechtfertigt. So zum Beispiel bekommt ein Wächterjubiläum, der um 10 Uhr vormittags den Dienst antritt und bis 2 Uhr nachts am Posten sein muß, sage und schreibe $\frac{7}{10}$. Selbstverständlich sind die Substituten über diese Bezahlung empört, da der Bedienstete für zwei Tage nur eine Schicht und $\frac{7}{10}$ bekommt, während er bei der Partie zwei Schichten macht. Ebenso verhält es sich mit dem Taglohn der Bahnhofarbeiter. Die kroatischen Arbeiter erhalten um 40 Kr. täglich mehr als die hiesigen deutschen Arbeiter. Dafür kaufen ihm auch die kroatischen Arbeiter monatlich 700 Kr. Brot ab, was ohne die Prozente der Brotfabrik einen Brüdergewinn von 42 Kr. abwirft. Angeblich soll die Frau des Bahnhofmeisters das Brotschäfchen führen, doch dazu stimmen die Aeußerungen des Herrn Schärk, die er in Bad Einöd zu den kroatischen Arbeitern machte, keineswegs. So sagte er unter anderem: "Wer bei mir nicht das Brot bei mir kauft, wird entlassen, jene, die das Brot bei mir kaufen, können weiterarbeiten. Auf die deutschen Arbeiter, oder wie sich der streitfertige Bahnhofmeister gern ausdrückt, "steirische Dickshädl", ist Schärk nicht gut zu sprechen. Kommt der Bahnhofmeister auf die Strecke, so wird mit den Bediensteten und Arbeitern herumgestritten, daß es ein Standart ist. So ein nerboßer Mann, wie Bahnhofmeister Schärk, gehört schon lange nicht mehr auf einer solchen verantwortungsvollen Posten. Wenn der gute Mann nicht bald seine Manieren gegenüber den Untergesetzten ändert, dann müßten wir in einer der nächsten Nummern mit einigen Fatschen nachhelfen.

Iglau. Wir sind gespannt, die eigenartigen Manieren des Bahnhofmeisters Boden der Offenheit zur Kenntnis zu bringen. Zu seinen Untergesetzten sagt er: "Lausbuben, ich gebe euch jeden ein paar Wäschchen. Ich sage euch alle zum Teufel. Ich werde euch zeigen, was ich alles machen kann" u. s. w. Wir wollen nicht annehmen, daß diese Wutausbrüche die Folge seines Durchfalls als Kandidat der Mischmaschpartei sind. Wenn der Herr Streckenvorstand nicht bald darauf schaut, daß diese "liebvolle" Behandlung von Seiten des Bahnhofmeisters aufhort, so wird es in kürzester Zeit kein anständiger Arbeiter mehr unter dem Bahnhofmeister Boden aushalten können.

Großbach. (40-jähriges Dienstjubiläum.) Anlässlich des 40-jährigen Dienstjubiläums des Genossen Anton Theuer veranstaltete die hiesige Ortsgruppe am 11. November I. J. eine Feier, an der auch die organisierten Metallarbeiter, landwirtschaftlichen Arbeiter und Maurer teilnahmen. Der Obmann der Ortsgruppe, Genosse Dietholm, hielt eine kurze, rührende Ansprache und überreichte dem Jubilar ein kleines Geschenk der Ortsgruppe. Genosse Theuer wurde, als hier im Jahre 1893 die Eisenbahnerorganisation gegründet wurde, in den Aufschwung gewählt, und ist der Organisation stets treu gewesen. Nach der Auflösung der Organisation blieb er Abonnent des "Eisenbahner" und wurde dann Mitglied des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines. Durch zwei Perioden verschaffte er die Funktion des Obmannes der Ortsgruppe und er war auch immer ein rüdiger Kämpfer, der Hunderte Broschüren unter die hiesige Bevölkerung brachte, was ihm manchen Verdienst einbrachte. Wir beglückwünschen ihn auch von dieser Stelle zu seinem 40-jährigen Dienstjubiläum.

Bozen. (Heizhaus der Südbahn.) Unser Heizhauschef röhmt sich immer, daß er bei jeder Gelegenheit gezeigt wird. Dieses Eigenlob wird jedoch von dem Personal des Heizhauses stark befehligt, da sich bereits mehrere Fälle ereigneten, wo die Gerechtigkeit des Herrn Heizhauschefs direkt parteiisch genannt werden könnte. Wir verweisen nur auf den Lokomotivführer Anton G., der zu 40.000 Kilometer als Heizer verurteilt wurde. Ebenso fährt der Lokomotivführer T. schon zwei Jahre bei der Reserve ohne jeden triftigen Grund. Ähnlich sind die Strafen gegen den Führer M. zu stande gekommen, die einmal 5, das nächstmal 10 Kr. betrugen. Unser Heizhauschef mag in seinem Inneren gewiß gerecht fühlen, doch ist er den Denunziationen und Einstufungen des "Inspektionsführers" Pelecon viel zu sehr zugänglich. Pelecon röhmt sich vor seinen intimen Freunden: "Was er sagt, das wird vom Chef gemacht". Tatsächlich ist es auch so. Pelecon führt im Heizhaus das große Wort. Wenn man dem großsprecherischen Menschen zuhört, so möchte man glauben, es sei wenigstens ein Minister an ihm verloren gegangen. Dabei ist dieser gute Mann, was seine praktischen Kenntnisse anbelangt, ein armfertiges Hascherl, dem es vielfach an Erfahrung und Einsicht mangelt. Was solchen Leuten an praktischer Erfahrung mangelt, das suchen sie durch Grobheiten und unfehlige Anordnungen auf der anderen Seite zu ersezten. So auch bei Pelecon: Tepp und Trottel sind bei ihm geläufige Ausdrücke. Und solch einem Individuum wird vom Herrn Heizhauschef die Stange gehalten. Wenn der Heizhauschef wirklich gerecht sein wollte, dann müßte er die dienstlichen Meldungen und Beschwerden des Pelecon genau auf die Wahrheit prüfen und wir sind überzeugt, daß so manche Strafe unterbleiben wäre oder in Zukunft unterbleiben möchte. Vielleicht interessiert sich die läbliche Maschinendirektion der Südbahn für die Sache und sorgt dafür, daß im Heizhaus in Bozen anständige Verhältnisse Platz greifen.

Brünn I. (Heizhaus.) Die Behandlung der Untergesetzten von ihren Vorgesetzten erinnert lebhaft an das Mittelalter. Die Umgangsformen der Herren Mischka und Fuchs sind jene eines galizischen Meierhofstrabanten. "Kauls Lumpenpadd", "Ochsen", "Fäule", "Schweine" und sonstige liebliche Eigennamen sind hier gebräuchlich. Besonders Herr Ingenieur Fuchs macht sich auf diesem Gebiet gerne bemerkbar. Es wird Sache des Arbeiterausschusses sein, im Namen der Heizhausarbeiter bei der nächsten Sitzung der I. I. Direktion auf diese unmenschliche Behandlung aufmerksam zu machen.

Iglau. (11. November.) Am 21. November wurde in der hierigen Station der mit Geleiseputzen beschäftigte Oberbauarbeiter Genosse Franz Bödl von einem abgestoßenen Zugstein bei der Arbeit rücklings niedergeschlagen und überfahren, wobei ihm der linke Fuß sowie der linke Arm total zerquetscht wurde. Außerdem erlitt er Verletzungen am Kopf und Hals. Derart schwer verletzt ließ man den Arbeiter bei nahe eine halbe Stunde in seinem Blute am Platz liegen, denn es mußte erst darum gestritten werden, wer die Verpflichtung hat, den Schwerverletzten ins Spital zu transportieren. Der Stationsvorstand wollte hierzu weder Stations- noch Magazinspersonal hergeben, da dies angeblich dem Oberbau angehört (?), der Bahnhofmeister fand wieder, daß das Sandabladen dringender sei als ein schwer verletzter Arbeiter, und so kam es, daß Genosse Bödl während des Übertragens ins Spital starb. Wenn wir auch in diesem Falle nicht glauben, daß der Schwerverletzte hätte können am Leben bleiben, so ist es doch notwendig, diesen Herrn zu sagen, daß bei Verletzten oft Minuten für das Leben entscheidend sind. Bei der I. I. O. N. W. B. ist das Zusammenrädern auf der Tagesordnung, und da ist notwendig, sofort Hilfe zu schaffen und wenn es auch nur ein Arbeiter ist. Genosse Bödl war ein ruhiger, nüchtern und fleißiger Arbeiter; er diente schon über 25 Jahre (obwohl er die Anzahl von Jahren, wo er die "Prämie" erhalten sollte, von der er sich eine Veränderung der Teuerung versprach, vorüber hatte, erhielt er bisher noch

nichts). Am 24. November, nachmittags 4 Uhr, fand das Leichenbegängnis statt. Den Kondukt eröffnete eine Abteilung Bugsbegleiter in Uniform, neben dem Sarge schritten 16 Fahldträger, an jeder Seite vier Uniformierte und vier Oberbauarbeiter mit ihren Windlichtern; den Sarg und Leichenwagen bedeckten Kränze. Hinter den Leidtragenden schlossen sich in Biererreihen die Arbeitskollegen des Verstorbenen, ferner Kollegen von Nachbarstationen, Strecke sowie eine Anzahl von Bekannten und Freunden, die unseren Genossen bis zum Grabe das letzte Geleite gaben. Geradezu aufrüttend wirkte es, daß der Beamtenkörper der Sektion sich vom Leichenbegängnis fernhielt. Oder sind nur Bedienstete hierzu da, wenn irgendwo ein Beamter stirbt, sich als unfreiliege Staffage zu einem Leichenbegängnis "kommandieren" zu lassen?

Der Herr Stationsvorstand hat doch schon bewiesen, wenn ein Bediensteter der Station stirbt, daß er die Mühe nicht scheut, sogar in Uniform, selbst bei schlechtem Wetter sich am Leichenbegängnis zu beteiligen; geradezu sollte man es vom Streckenvorstand erwartet haben können, speziell wenn es sich um einen alten, pflichttreuen, im Dienste ums Leben gekommenen Arbeiter handelt.

Am Grabe hielt Genosse Horowitz eine kurze Ansprache im Namen der Ortsgruppe Iglau des Allgemeinen Rechtsschutzvereines.

Versammlungsberichte.

Konstituierung der Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Südbahn".

Am 27. November fand in den Rosensälen in Favoriten unter massenhafter Beteiligung der Südbahnbediensteten Wiens und der Strecke die konstituierende Generalversammlung der Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Südbahn" statt. Präsident Grüll teilte unter großem Beifall der Versammlung mit, daß von den Bediensteten auf der Strecke ohne Agitation und Aufforderung schon jetzt zwölftausend und von den Wiener Bediensteten zweitausend Anteilscheine à 50 Kr. gezeichnet wurden. Der Redner wendete sich gegen die Agitatoren, gegen die Genossenschaft und gegen die Südbahnverwaltung, welche bekanntlich ihre materielle und administrative Mithilfe an dem Unternehmen zusicherte, und bezeichnete die Tätigkeit dieser Leute als eine boswillige, die keine Ahnung von der Materie haben und nur aus egoistischen und persönlichen Motiven Feinde dieser im Interesse der ganzen Südbahnenschaft gelegenen Genossenschaft seien. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten habe einer Deputation der Proponenten gegenüber erklärt, daß auf Grund der vorliegenden Statuten sein Anstand vorliegt, der Genossenschaft für eine nennbare Summe zu garantieren. Die im Zuge befindliche Aktion zur Erhöhung der Quartiergelder und Löhne werde durch die Genossenschaft in seiner Weise gestört, nachdem erstens die Südbahnverwaltung darüber bestimmte Zusagen gemacht habe und zweitens die Südbahner in dieser Angelegenheit von den Staatsbahnen abhängen.

In den Vorstand wurden gewählt: Aus dem Stande der Beamten: Revident Josef Grüll (Obmann), Revident Arnold Breuer (Schriftführer), Oberrevident Frik Schiedt und Adjunkt Viktor Kürkl; aus dem Stande der Unterbeamten: Lokomotivführer Anton Krause, Bahnhofmeister Adolf Nejeppa und Kriegsleutnant Adolf Scherer; aus dem Stande der Diener: die Konditoren Franz Brada und Adolf Weigl sowie der Wagenauflieger Julius Jach; aus dem Stande der Arbeiter: Michael Poel, Franz Bospichal und Wilhelm Strasser. In den Aufsichtsrat wurden gewählt (als Kandidaten der Südbahnverwaltung): die Herren: Oberinspektor Dr. Franz Baum (Obmann), Inspektor und Abteilungsleiter Julius Desehe und Inspektor Ignaz Hauser, ferner die Herren: Revident Johann Cerba, Oberrevident Georg Hachöfer und Adjunkt Josef Schmid; als Grabschmänner: Inspektor Ingenieur Franz Ritter v. Berger, Revident Franz Bergmann, Adjunkt Johann Heigl, Oberrevident Franz Hörl Lehner, Adjunkt Gustav Mattausch und Revident Emanuel Rinaldi. Obmann Grüll dankte in seinem Schluswort den Proponenten für ihre Mitarbeit an dem großen Werke, insbesondere den Vertretern der Südbahnverwaltung, Oberinspektor Dr. Franz Baum und Inspektor Julius Desehe.

Bozen I. Am 30. November sprach hier in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung Genosse Scheibein über die Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Bedienstete und Arbeiter der Südbahn.

Bordernberg. Am 19. November referierte hier in einer öffentlichen Versammlung Genosse A. Müller über die Teuerung und die Forderungen der Eisenbahner.

Sigmundsherberg. Am 3. Dezember fand hier eine Versammlung der Eisenbahner statt, wo über die Einführung der Unterbleibenunterstützung referiert wurde. Die Mitglieder der Ortsgruppe beschlossen den Beitritt mit großer Majorität.

Karlsbad. Am 19. November fand in Karlsbad eine gut besuchte Versammlung der Bahnerhaltungsarbeiter statt, in welcher Genosse Kraus das Referat erstattete.

Aus den Organisationen.

Südtirol. Bei der Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Leopold Böhm, Obmann, Johann Biedenroth, Stellvertreter; Silvester Solterer, Kassier. Beisitzer sind an Leopold Böhm in Groß-Globnitz Nr. 46 zu finden.

Brünn II (I. I. Nordbahn). Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Genosse Weiner sein Mandat als Obmann niedergelegt hat. Von nun an sind sämtliche Zuschriften in Vereinsangelegenheiten an den ersten Obmannstellvertreter Genosse Ignaz Engel, Offiziant der I. I. Nordbahn, Grillwöhlgasse 16, Parterre, zu richten. Genosse Engel ist täglich ab $\frac{1}{2}$ Uhr abends, mit Ausnahme von Samstag und Sonntag, in seiner Wohnung zu sprechen und erteilt auch Auskünfte in Rechtsschutz- und Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden weiters ersucht, ihre restierten Mitgliedsbeiträge bis Mitte Dezember zu begleichen, damit der Kassier das Jahresabschluß fertigstellen kann. Den Mitgliedern, die trotz schriftlicher Aufforderung bis zum 15. Dezember ihre Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt haben und vier Monate schulden, werden (Krankheit, Unglücksfälle in der Familie oder unverduldetste Notlage ausgenommen) aus der Mitgliedsliste statutengemäß gestrichen. Am 18. Dezember findet im Vereinslokal, Berlin Nr. 15, um $\frac{1}{2}$ Uhr abends, eine Vereinsversammlung mit der Tagesordnung: 1. Die neue einzuführende Unterbleibenunterstützung in unserer Organisation, 2. Bericht über die Situation in der Eisenbahnerbewegung, statt. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Technisches.

Eine neue Sicherheitseinrichtung für Eisenbahnen. Unter den Mitteln, Verätzungen in der Beachtung von Gefahrensignalen oder das unbewußte Überfahren eines Haltesignals zu verhüten, gelten Wiederholungssignale auf den Lokomotiven als die wirksamsten. In Belgien sind Versuche mit einer von Vital Cesar angegebenen Signaleinrichtung gemacht worden,

Der steuernde Teil ist ein in entsprechender Entfernung von dem Stredensignal ins Gleise eingebauter Stredenstromschleifer, der durch Schalter und Stromleitung mit dem Arm des Stredensignals verbunden ist; der zeichengebende Teil befindet sich auf der Lokomotive und besteht aus dem Wiederholer, einer Warnungspfeife und Nebenapparaten, welche den Lokomotivführer unter Umständen zum Eingreifen nötigen. Die Signalvorrichtung befindet sich in einem unmittelbar dem Stand des Führers gegenüber angebrachten Blechfächchen, unter Glas, und ahmt ein einarmiges Stredensignal nach. Die für Luftdruck oder Dampfbetrieb eingerichtete Warnungspfeife hat jede Zeichenänderung durch ihr vorübergehendes oder andauerndes Erklingen zu verhindern. Während der glatten Fahrt außerhalb der Wirkungssphäre eines Hauptsignals der Streden steht der Arm des Wiederholers in einem Winkel von 45 Grad schräg nach außen, zeigt also freie Fahrt an und die Warnungspfeife schwiegt. Sobald jedoch der Zug über einen mit dem nächsten Stredensignal verbundenen Stredenstromschleifer fährt, erfolgt auf der Lokomotive die Betätigung der Signaleinrichtung, wobei diese die Lage kennzeichnet, welche das Stredensignal einnimmt, dem sich der Zug nähert. Mit das Stredensignal auf freie Fahrt gestellt, dann fällt der Arm des Wiederholers in die wagrechte Lage (Halt), lehnt jedoch unverzüglich wieder in die Stellung für freie Fahrt zurück, ein kurzer Pfiff der Warnungspfeife ertönt, der Führer, welcher hierdurch Kenntnis erhält, daß er sich einem Stredensignal, welches freie Fahrt gestaltet, nähert, braucht keinen Eingriff an der Signaleinrichtung der Lokomotive vorzunehmen. Steht jedoch das Stredensignal auf Halt, dann fällt der Arm des Wiederholers in die wagrechte Stellung, in der er dann verbleibt, während andauernd die Warnungspfeife ertönt. Durch Ziehen eines ledernen Schiebers kann der Führer den Wiederholer und die Pfeife wieder in die Ruhelage bringen. Wenn das Signal auf Voricht gestellt ist, dann nimmt der Arm des Wiederholers dauernd die Mittellage zwischen Frei und Halt ein, und die Warnungspfeife ertönt ununterbrochen. Auch dieser Zustand dauert so lange, bis ihn der Führer durch Niederdrücken eines besonderen Tastknopfes mechanisch abstellt. Das Signal Voricht hat den besonderen Zweck, an Bahnhöfen oder Abzweigungen anzugeben, wenn die Weichen mit verminderter Geschwindigkeit befahren werden sollen. Die ganze Art der elektrischen Anlage gewährleistet die Unschädlichkeit jedes Betriebsfehlers. Daß immerhin gewisse, den elektrischen Signaleinrichtungen überhaupt anhaftende Mängel bleiben, liegt in der Natur der Sache.

Verschiedenes.

Ein päpstliches Verbot, Geistliche anzuladen. Durch den Papst wurde ein neues Motu proprio veröffentlicht, wonach es bei Strafe der Exkommunikation den Gläubigen verboten wird, Geistliche ohne kirchliche Erlaubnis vor die ordentlichen Gerichte zu ziehen. Den Anlaß geben die jüngsten Prozesse gegen Geistliche.

Diese dreiste Aumahung ist natürlich nur ein Versuchsballon; Rom will sehen, wie weit seine Macht reicht. Man wird nun erfahren, ob unseren Staatsanwälten, die doch aus Karriererücksichten gute Katholiken sein müssen, der päpstliche Befehl oder die Amtspflicht höher steht.

Literatur

Der beste Führer für Bücheraufsteller. Ein ganzes Buch, 138 Seiten, versendet unsere Parteibuchhandlung, die Wiener Volksbuchhandlung, Wien, VI., Gumpendorferstraße 18, auf Wunsch an alle Arbeiterbibliotheken und sonstige Interessenten ganz kostenlos. Es ist das der Lagerkatalog unserer Parteibuchhandlung, der allein schon den Beweis für den großen Umfang dieses wichtigen Parteigeschäftes schafft. Die Bücher des eigenen Verlages umfassen allein 26 eng gedruckte Seiten, sie spiegeln das Bild der großen geistigen Arbeit unserer Partei wider. Keine Partei in Österreich vermag über eine so reichhaltige Literatur zu verfügen, wie die Sozialdemokratie. Dabei kommt uns noch zugute, daß auch die reichsdeutschen Parteischriften, deren Verzeichnis 22 Seiten füllt, für unsere Agitation außerordentlich werthvoll sind. Nicht bloß die Parteischriften im engeren Sinne liefern unsere Parteibuchhandlung. In ihren Beständen, über die der Lagerkatalog Auskunft ertheilt, finden wir auch zahlreiche staatswissenschaftliche und volkswirtschaftliche, geschichtliche und naturwissenschaftliche Bücher und Schriften, Reiseverleie, Gedichte, Romane, Dramen, die Klassiker in verschiedenen Ausgaben, wobei die billigen aber gut ausgestatteten besonders hervorgehoben sind. Philosophische Werke, Zeitschriften, Photographien, Münzalben, Kunstdräger, dann die verschiedenen Ausgaben der österreichischen Gesetze und zahlreiche wertvolle im Preise herabgesetzte Werke aus allen Fächern, endlich Schriften gegen den Alkohol und Jugendbücher enthalt der Lagerkatalog in reicher Fülle. Wer eine Bibliothek erwerben, wer sie zu ergänzen bemüht ist, wer literarisch und parteilich sich auf dem laufenden erhalten will, vor allem aber, wer dafür zu sorgen hat, daß die Bibliotheken in unseren Vereinen richtig ergänzt und auf der Höhe erhalten werden, der wird in dem Lagerkatalog unserer Volksbuchhandlung einen zuverlässigen und stets bereiten Helfer finden. Man bestelle mittels Korrespondenzkarte diesen außerordentlich reichhaltigen Katalog bei der Wiener Volksbuchhandlung, Wien, VI., Gumpendorferstraße 18, worauf sofortige Gratis- und Frankozuladung derselben nach dem In- und Ausland erfolgt.

Eingesendet.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

An die Generaldirektion der a. priv. Buschthraderei Eisenbahn in Prag.

Im letzten Schreiben, laut Zahl 8785, vom 13. März 1905, welches ich von der Generaldirektion erhalten habe, wurde mir zu meinem Trost die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß alle Gesuche und Eingaben zur Erlangung meines eingezahlten Provisionsfondsgeldes zwecklos und auch unbeantwortet bleiben. Das ist die beste Antwort, die man einem gemahrgestellten Arbeiter gibt, um ihn kurz abzufertigen. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß die Generaldirektion der A. G. B. die tiefste Gleichgültigkeit gegen Not und Unrecht hat. Es sollen aber derartige Vorgänge nicht in die Vergessenheit geraten, sondern ohne aller Rücksicht der Öffentlichkeit übergeben werden. Wenn sich niemand fürchten würde, zu sagen, was die Sache ist, so würden alle Sachen besser gehen, überhaupt bei der A. G. B. Was ein gerechter Mann für wahr und recht hält, hat er öffentlich zu sagen den Mut, oder es ist eine Sache, die nicht gesagt werden kann, und dann ist sie nicht ganz wahr.

Zu meiner Dienstzeit hauste in der Werkstatt der A. G. B. in Komotau der allgemeine Werkstättenpächter Ingenieur Wenzel Urban. Dieses Herrchen war jahrelang der ohnehin gefechteten und ausgebeuteten Arbeiter eine unerträgliche Geißel im wahren Sinne des Wortes, wenn ich nicht irre auch die der Beamten. Dieser allgemeine Werkstättenpächter hatte eine Kohorte zur Verfügung, die sich aus Bauchrutschern, Speckledern, Wohlbünnern und sonstigen Kreaturen rekrutierten, die seine Befehle mit großer Sorgfalt und hundischer Anhänglichkeit ausführten, dafür brauchten sie

wenig arbeiten, erhielten viel Geld und obendrauf hatte diese Sorte von Leuten noch Privilegien. Hingegen mußten die anderen Arbeiter, die nicht der Kohorte angehörten und keine Privilegien besaßen, durch das ganze Jahr, auch an Sonn- und Feiertagen, schinden, sie mußten mit schmalen paar Gulden zu ihren verkrüppelten Familien nach Hause gehen, mit dem Bewußtsein, daß sie die nächste Auszahlung noch weniger bekommen und wieder das ganze Monat gemartert und gepeinigt werden. Unter dieser Despotenherrschaft wußte man nicht, ob man sich in einer Werkstatt oder in einer Zwangsarbeitsanstalt befand. Ein Glück für die Despoten, daß die eine Hälfte der Menschen nicht dient und die andere nicht führt.

Da ich als offener und gerechter Mann das wahrhaft ungerechte Vorgehen dieses Werkstättenpächters nicht billigte und sein Denunziant oder Bauchrutschter war, stand ich diesem Herrn nicht zu Gesicht, wurde von früh bis Abends auf alle erdenklichen Arten verfolgt, festiert und gepeinigt, bis er endlich einen Vorwand fand, der meine Entlassung herbeiführte. Ich wurde nach bereits zehnjähriger Dienstzeit ohne ärztlicher Untersuchung, Rechtsfertigung oder Kündigung aus dem Bahndienst entlassen.

Nur diesem gewissenlosen Ingenieur Wenzel Urban habe ich es zu verdanken, daß ich durch seine Handlungsweise sowie unwahre Berichte an die Generaldirektion ruiniert worden bin. Dieselben unwahren Angaben wurden beim L. L. Bezirksgericht zu Komotau gegen mich getan, meine fünf angegebenen Zeugen wurden zur Verhandlung nicht vorgesessen. Nun kann sich jedermann ein Bild von der sauberen Verhandlung machen. Auf diese Art und Weise wurde ich abgefertigt. Hat nun die Generaldirektion oder der Herr Wenzel Urban Sorge um mich? Fragt jemand von denen, die mich ruiniert haben, wie es mir gefällt oder ob ich leben kann? Nein! Darum bin ich gezwungen, diesen Sachverhalt zu veröffentlichen. Der allgemeine Werkstättenpächter Wenzel Urban hat nun sein Ziel erreicht, er sieht gemüthlich als Oberinspektor in wohlverdientem Ruhestand. Wenn er aber zurückdenkt, muß ihm das Gewissen sagen: Arbeiterschlüpfen hängen daran und ungähnliche Flüche und Verwünschungen. Ich bin der Ansicht, daß derartige Leute überhaupt kein Gewissen haben. Ihr Gewissen ist der Geldsack. Ob sie einen armen Menschen ruiniert oder ihn Unglück stürzen, da liegt ihnen nichts daran. Es ist nur ein gewöhnlicher Arbeiter, ist ihr Wahlspruch.

Nun frage ich: Von allen diesem war die Generaldirektion wohl und weislich unterrichtet, indem ich unzählige rekommandierte Briefe und Gesuche behufs Rechtsfertigung einvernehmen eingesezt habe. Aber warum blieb alles erfolglos?

Warum hat die Generaldirektion der A. G. B. auf meine unzähligen rekommandierten Briefe und Gesuche, in welchen ich um Anordnung meiner Rechtsfertigung einvernehmen bat, diese nicht angeordnet?

Waren nicht Pflicht und Schuldigkeit der Generaldirektion, mich und meine fünf Zeugen einzubernehmen?

Wären die von mir namhaft gemachten Zeugen, die mit den ganzen Verhältnissen vertraut waren, mit mir einvernommen worden, so würde das despotische Vorgehen des Ingenieurs Wenzel Urban, der sich gelegentlich sogar zur Außerung versiegte: „Die Generaldirektion bin ich!“ klar hervorgekommen sein.

Laut einer Buschrift der Ausgabenkontrolle der allg. priv. A. G. B. habe ich den Betrag von 109 Gulden 28 Kreuzer = Kr. 218,52 eingezahlt. Dieser Ausweis vom 8. September 1897 wurde mir von der A. G. B. zugeschickt. Mit welchem Recht kann eine A. G. B. Gesellschaft meine eingezahlten Blutkreuzer so vieler Jahre vorbehalten, indem ich weder etwas gestohlen oder verbrochen habe und zu keiner Rechtsfertigung zugelassen wurde? Oder glaubt eine allg. priv. A. G. B., daß sie auch das Privilegium besitzt, einen armen Arbeiter seine erschundenen Groschen wegzuprivilegieren? Das glaubt sie hoffentlich selbst nicht, und ich will es noch viel weniger glauben.

Sollte mir mein eingezahltes Provisionsfondsgeld abermals nicht ausgezahlt werden, so werde ich unerschrocken weiter nach Gerechtigkeit rufen. Sollte die Generaldirektion an der Wahrheit dieser kleinen Abhandlung zweifeln, so soll man mich nur belügen. Rufen werde ich nicht früher, bis diese Angelegenheit beigelegt ist und mir mein Eigentum zurückgestattet wird. Weiter verlange ich nichts.

Komotau, am 23. November 1911.

Josef Baumgärtner,
Zitherspieler, Komotau, Sandgasse 11.

Meine Erfahrungen haben ergeben, daß die Verhütung gefährlicher Erkrankungen in erster Reihe durch die Bekämpfung der alltäglichen, oft ganz harmlos scheinenden Unpäcklichkeiten mit gutem Erfolg bewirkt wird. So hat sich auch Derkens Lindenhonig (Sirup) als gutes Verhütungsmittel bei Husten, schwerem Atem, Verschleimung, Nachtschweiß, Schnupfen, Influenza u. c. bewährt. Es löst den Schleim, macht Appetit und erhöht das Körpergewicht. Die Probestäbchen um 8 Kr., große Flasche um 5 Kr. sind per Nachnahme im Hauptdepot: Hugo Derkens Apotheke in Budapest, Thökölystraße 28, Depot 12, zu bestellen.

Bekanntmachung der Administration.

Auf Basis des bevorstehenden Jahresabschlusses erüben wir sämtliche P. T. Ortsgruppen- und Zahlstellenleitungen, die Abrechnungen und Geldsendungen für die im Monat Dezember einkassierten Beiträge bestimmt bis spätestens 27. Dezember zur Aufgabe zu bringen, so daß dieselben bis 31. Dezember in der Zentrale noch eintreffen und im Bericht per 1911 noch erscheinen können.

Alle nach dem 31. Dezember in der Zentrale für 1911 noch eintlangenden Geldbeträge können im Bericht für dieses Jahr nicht mehr berücksichtigt werden, ein Umstand, welcher — wie die Erfahrung der Vorjahre gelehrt — zur Folge hätte, daß der Rechnungsabschluß der Zentrale mit jenen der Ortsgruppen nicht übereinstimmen und zu Reklamationen Veranlassung geben würde.

Dergleichen ersuchen wir auch alle sonstigen, für Kalender u. c. bis Dezember noch einkassierten Beiträge in vorbezeichnetem Weise abzuführen.

Ferner haben die Ortsgruppen und Zahlstellen die ihnen zugesandten neuen Kassenbücher ab 1. Jänner 1912 in Verwendung zu nehmen und sind von jenen Ortsgruppen und Zahlstellen, die sie bis jetzt noch nicht erhalten, selbe anzufordern und die vollgeschriebenen Bücher der Zentrale zur Einsicht vorzulegen.

Zur Erstellung der Statistik für das Jahr 1911 wurden bereits an sämtliche Ortsgruppen, respektive Zahlstellenleitungen Formulare zugesendet, in welchen der Mitgliederstand nach Kategorien und, wo mehrere Bahnen in Betracht kommen, auch nach Bahnen aufzuteilen sein wird. Die verstaatlichte De. R. B. B., St. G. G., Nordbahn und B. R. B. sind, so wie bisher, getrennt anzuführen.

Dieser statistische Bogen ist spätestens bis zum 10. Jänner 1912 an die Zentrale einzusenden.

An unsere P. T. Genossen und Mitglieder!

Nachdem die erste Auflage unseres Eisenbahnerkalenders vergriffen ist, sind wir gezwungen, eine zweite Auflage herzustellen. Wir ersuchen daher alle Ortsgruppen- und Zahlstellenleitungen, die bisher noch keine oder gegenüber dem Vorjahr nur eine geringe Bestellung machten, dies so rasch als möglich zu tun, damit wir die Höhe der Auflage bestimmen können. Auf alle Fälle bitten wir um den regsten Betrieb eures Jahrbuches.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß in unserem Verlag der Eisenbahnerkalender per 1912 für die polnischen Genossen (Kalendär kolejarski) erschienen ist und zu denselben Bedingungen wie bei dem deutschen Kalender zu beziehen ist. Beide Jahrbücher sind unentbehrliche Beihilfe für jeden organisierten Eisenbahner.

Sprechsaal.

Erklärung.

Soeben wurde mir mitgeteilt, daß mein Name auf der gemeinsamen Liste des „Südbahnverbandes“ und des „Verkehrsverbundes“ als Kandidat für die Personalkommission der Südbahn enthalten sein soll. Selbstredend protestiere ich gegen eine derartige Aufführung und erkläre, daß ich weder mit dem „Verkehrsverbund“ noch mit dem „Südbahnverband“ irgend etwas gemein haben will. Für die Veröffentlichung freundlich dankend

Raimund Lüdner
Floridsdorf in Tirol.

Achtung! Unterbeamte, Diener und Arbeiter der f. f. Nordbahn!

Genossen und Kollegen!

In wenigen Tagen wird die Neuwahl der Lokalüberwachungsausschüsse des Lebensmittelmagazins der f. f. Nordbahn vorgenommen werden. Eine dreijährige Funktionsperiode des bisherigen Ausschusses haben wir zu überprüfen und müssen konstatieren, daß es trotz eines gänzlich unzureichenden Reglements gelungen ist, einige Reformen durchzuführen. Unzumutlichkeiten abzustellen und einigermaßen Ordnung in die äußere Geschäftsgabeitung zu bringen.

Doch vieles ist noch zu leisten. Die gesamte innere Geschäftsgabeitung, die Offerterhandlungen, der Wareneinstauf, die Preisbestimmung, Aufstellen der Bilanz, Neuanschaffungen, die Lohn- und Dienstverhältnisse der Bediensteten des Lebensmittelmagazins z. c. sind für die Konsumenten, die hierfür die Mittel aufzubringen haben, Dinge von größter Wichtigkeit, auf die sie jedoch laut Reglement leider keinen Einfluß ausüben können. Da muß es die vornehmste Aufgabe des neuen Ausschusses sein, diesen so wichtigen Einfluß zu erringen und die sich diesen Bestrebungen bisher entgegenstellenden Widerstände zu beseitigen. Um dies aber zu ermöglichen, ist es notwendig, daß jedes Mitglied des Lebensmittelmagazins nur solchen Männern seine Stimme gibt, die eine wirkliche Vertretung der Konsumenteninteressen verbürgen.

Die Organisation empfiehlt folgende Genossen zur Wahl:

Für den Lokalüberwachungsausschluß in Wien:

a) Unterbeamte:

Michael Grün, Oberkonditeur, Wien,

David Rofotnik, Offiziant, Eisgutaufgabe, Wien.

b) Diener:

Anton Grasser, Konditeur, Wien,

Eduard Windisch, Drucker, Wien.

c) Arbeiter:

Josef Garon, Schlosser, Lokomotivwerkstätte Floridsdorf (wohnhaft in Wien).

Josef Juhasz, Blockschlosser, Bahnhaltungssktion Wien.

Für den Lokalüberwachungsausschluß in Floridsdorf:

a) Unterbeamte:

Ernst Knopp, Offiziant, Floridsdorf.

b) Diener:

Karl Maurer, Kanzleidiener, Wien (wohnt in Floridsdorf).

c) Arbeiter:

Matthias Konetschny, Schlosser, Floridsdorf (Lokomotivwerkstätte).

Für den Lokalüberwachungsausschluß in Prerau:

a) Unterbeamte:

Abalbert Hartl, Lokomotivführer, Prerau.

b) Diener:

Stephan Zdražil, Konditeur, Prerau.

c) Arbeiter:

Thomas Pumper, Aushilfsstationssdiener, Prerau.

Für den Lokalüberwachungsausschluß in Mährisch-Ostrau:

a) Unterbeamte:

Josef Erban, Stationsmeister, Mährisch-Ostrau-Oderfurt.

b) Diener:

Heinrich Blažej, Magazinaufseher, Mährisch-Ostrau-Oderfurt.

c) Arbeiter:

Josef Nohel, Dreher, Mährisch-Ostrau-Oderfurt.

Die Executive der organisierten Eisenbahner Österreichs.

Unsere Mitglieder und Berufskollegen!

Werte Genossen und Kollegen!

Wie wir bereits in der Beilage zur Nummer 19 des „Eisenbahner“ vom 1. Juli 1910 ausgeführt haben, hätte, um dem Wunsche vieler Mitglieder zu entsprechen, eine Hinterbliebenenunterstützung innerhalb unserer Organisation eingesetzt werden sollen. Zu diesem Zwecke wurde von der Zentrale ein diesbezügliches Elaborat ausgearbeitet und auch in der vorerwähnten Beilage den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht. Als Grundlage der damaligen Berechnungen war die obligatorische Einführung angenommen.

Um aber in dieser so wichtigen Frage ein klares Bild über die Meinung der Gesamtheit der Mitglieder zu erlangen, erhielt jedes Mitglied einen Stimmzettel, um so seinem freien Willen, für oder gegen diese Einführung, Ausdruck geben zu können. Von den 60.000 verausgabten Stimmzetteln wurden 18.049 „für“ und 6589 „gegen“ die Einführung abgegeben und die Mehrzahl der übrigen Stimmzettel sprach sich nur für eine Einführung aus, bei der den Mitgliedern der Beitritt freistehen solle. Da aber die endgültige Beschlussfassung über die Einführung einer Hinterbliebenenunterstützung der Delegiertenkonferenz vorbehalten war, so hat die Zentrale in der am 25. bis 29. Juni 1911 tagenden Delegiertenversammlung über das Ergebnis dieser Abstimmung sowie über die von mehreren Bertrauensmännern geäußerten Wünsche berichtet.

Nachdem sich die Mehrheit der Mitglieder nur für eine freiwillige Einführung erklärt und auch ihre Delegierten beauftragt hatten, nur für eine solche zu stimmen, so wurde in der obgenannten Delegiertenkonferenz die Einführung einer facultativen Hinterbliebenenunterstützung beschlossen, das heißt es wird jedem Mitgliede freigestellt, dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beizutreten oder nicht. Da, wie schon früher erwähnt, an den verlautbarten Bestimmungen nur bei einer obligatorischen Einführung hätte festgehalten werden können, so mussten infolge des neugesetzten Beschlusses neue Berechnungen und Abänderungen durchgeführt werden.

Die nun neuangestellten Berechnungen haben unter Berücksichtigung des Umstandes, als es unseren Mitgliedern freistehen soll, zu diesem Fonds beizutreten, ergeben, daß, wenn circa 30.000 Mitglieder dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, die Hinterbliebenenunterstützung unter nachfolgenden Bedingungen und in festgesetzter Höhe eingesetzt werden kann:

1. Die Hinterbliebenenunterstützung ist ab 1. Jänner 1912 facultativ und nur für Mitglieder des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines einzuführen.

2. Der Beitrag für diesen Fonds beträgt einheitlich per Monat und Mitglied 50 Heller.

3. Die Hinterbliebenenunterstützungsquote beträgt beim Ableben des Mitgliedes selbst:

Bei einem Beitragsalter bis 30 Jahren:

- a) nach Ablauf der vorgeschriebenen Karenzzeit . . . 100 Kr.
- b) nach weiter zurückgelegter zweijähriger Teilnahmszeit 200 "
- c) " " " " " 300 "
- d) " " " " " 400 "

bei einem Beitragsalter über 30 bis 40 Jahren:

- a) nach Ablauf der vorgeschriebenen Karenzzeit . . . 100 Kr.
- b) nach weiter zurückgelegter zweijähriger Teilnahmszeit 200 "
- c) " " " " " 300 "

bei einem Beitragsalter über 40 bis 50 Jahren:

- a) nach Ablauf der vorgeschriebenen Karenzzeit . . . 100 Kr.
- b) nach weiter zurückgelegter zweijähriger Teilnahmszeit 200 "

bei einem Beitragsalter über 50 Jahren:

- a) nach Ablauf der vorgeschriebenen Karenzzeit . . . 100 Kr.
- Die zulässig geringste Unterstützungsquote für das Mitglied selbst wäre somit einheitlich 100 "

die zulässig höchste Quote aber verschieden nach der Verschiedenheit des Beitragsalters, und zwar:

bei einem Beitragsalter bis 30 Jahren 400 "

" " " über 30 bis 40 Jahren 300 "

" " " 40 " 50 " 200 "

" " " 50 Jahren 100 "

4. Als Beitragsalter ist jenes Altersjahr des Beitretenen zu verstehen, welches er bei seinem Beitrete zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds bereits vollendet hat.

5. Für die gegenwärtig dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein angehörenden Mitglieder und alle jene, die noch vor dem 31. Dezember 1911 dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein beitreten, wird, wenn sie dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds spätestens bis 31. März 1912 beitreten, als Beitragsalter jenes Altersjahr angenommen, welches sie bei ihrem Beitrete zum Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein vollendet haben.

Beispiel: Genosse Hofer trat mit 1. Juli 1898 der Organisation bei und stand damals im Alter von 28 Jahren. Hofer tritt nun in der Zeit bis 31. März 1912 dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds bei und kann sich daher einen Anspruch von 400 Kr. Unterstützung erwerben, und zwar weil er zur Zeit des Beitretes zur Organisation erst 28 Jahre alt war. Würde Hofer aber erst nach dem 31. März 1912 beitreten, so würde er, da Hofer nun 41 Jahre alt ist, bei gleichem Beitrag bloß 200 Kr. erhalten können. Aus diesen beiden Beispielen ist zu ersehen, welchen Vorteil der Beitritt zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds bis zum 31. März 1912 bietet.

6. Alle jene Mitglieder des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines, welche am 1. Jänner 1912 bereits drei Monate dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein angehören und dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds spätestens bis 31. März 1912 beitreten, haben keine Karenzzeit, das heißt, sie haben sofort Anspruch auf die auf sie entfallende Hinterbliebenenunterstützungsquote.

Beitrittserklärung

zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines für Österreich.

Ortsgruppe: _____

Mitgliedsnummer: _____

Name: _____

Beruf: _____

Geburtsdaten (Ort, Tag, Monat, Jahr): _____

Stand (ledig, verheiratet, verwitwet): _____

Ist Mitglied des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines für Österreich seit:

Die Richtigkeit dieser Angaben bestätige ich durch meine

Ortsgruppenstammpflege: _____

eigenhändige Unterschrift (des Beitretenen): _____

191

7. Alle Personen, welche bis zum 31. März 1912 dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein und auch dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, haben eine dreimonatige Karezzeit, das heißt, sie haben auf die ihnen zukommende Unterstützungsquote erst nach dreimonatiger Mitgliedszugehörigkeit zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds Anspruch.

8. Diejenigen, die erst nach dem 31. März 1912 dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, haben eine zweijährige Karezzeit, das heißt, sie haben erst nach zweijähriger Zugehörigkeit zum Fonds Anspruch auf die auf sie entfallende Hinterbliebenenunterstützungsquote.

9. Für Mitglieder, die vor Ablauf der vorgeschriebenen Karezzeit durch einen Eisenbahnunfall getötet wurden, ist die Karezzeit mit dem Todesstage abgelaufen.

10. Jene anspruchsberichtigten Mitglieder, die aus dem Eisenbahndienst scheiden, können über eigenes Verlangen bei Verzichtleistung aller erworbenen Rechte mit 50 Prozent der eingezahlten Hinterbliebenenfondsbeiträge, abzüglich einer eventuell schon ausgezahlten Hinterbliebenenunterstützungsquote abgesertigt werden, oder, wenn deren Einkommen nach dem Ausscheiden aus dem Eisenbahndienste erwiesenermaßen nicht höher als 600 Kr. jährlich ist, durch Leistung der Fondsbeiträge allein sich die erworbenen Rechte auf die Hinterbliebenenunterstützung wahren.

11. Die Beiträge sind im vorhinein zu entrichten und bedingt ein Rückstand in der Zahlung der Beiträge für den Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein (§ 9 der Statuten) sowie der Beiträge für den Hinterbliebenenunterstützungsfonds von drei Monaten den Verlust des Anspruches auf die Hinterbliebenenunterstützungsquote.

12. Mitglieder, welche aus einer Bruderorganisation in den Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein übertraten, werden in Bezug auf die Hinterbliebenenunterstützung den neubeitretenden Mitgliedern gleichgestellt.

13. Beim Ableben der Frau eines Mitgliedes wird die Hälfte jener Hinterbliebenenunterstützung ausgezahlt, auf welche das Mitglied zur Zeit des Ablebens der Frau Anspruch hat.

Wurde beim Ableben der Frau eines Mitgliedes eine Hinterbliebenenunterstützung bereits ausgezahlt, so wird beim Ableben des Mitgliedes selbst der schon ausgezahlte Betrag von der fälligen Hinterbliebenenunterstützung in Abzug gebracht.

Jene weibliche Person, die mit dem Mitglied in letzter Zeit in wirtschaftlicher Gemeinschaft gelebt hat, ist der Ehegattin gleichzuhalten.

14. Diese Bestimmungen können nur durch die Generalversammlung des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines abgeändert werden.

Die angeführten prinzipiellen Bestimmungen des einzuführenden Hinterbliebenenunterstützungsfonds sind unseres Erachtens so klar, daß hiezu eine Erklärung eigentlich ganz überflüssig wäre.

Natürlich mußte bei Festsetzung einzelner Punkte in diesen Bestimmungen das Hauptaugenmerk auf die vollständige Sicherung des Fonds, beziehungsweise der Rechte, die sich die Mitglieder erwerben würden, gerichtet werden, sowie darauf, daß für einen möglichst geringen Beitrag das möglichst Meiste geboten werde. Die

uns bekannten Wünsche unserer Mitglieder wurden nach Möglichkeit berücksichtigt, so wie die anlässlich der geplanten obligatorischen Einführung des Hinterbliebenenunterstützungsfonds erstellten Bestimmungen, die in einem Beflussare im "Eisenbahner" Nr. 19 des Jahres 1910 veröffentlicht wurden, tunlichst festgehalten. Neu ist nur die Verschiedenheit der Hinterbliebenenunterstützungsquoten. Diese Neuerung war für eine facultative Einführung unbedingt notwendig und unerlässlich, denn wenn einerseits der Beitritt zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds jedem Mitgliede zur beliebigen Zeit freisteh, so entsteht anderseits wieder die Notwendigkeit, die Unterstützungsquoten in das richtige Verhältnis zu den Leistungen der Mitglieder zu bringen, was eben durch die Stufeneinteilung nach dem Alter in unseren Bestimmungen festgelegt ist. Hätten wir diese Verschiedenheit nicht, dann wäre die finanzielle Sicherheit des Fonds eine fragliche, denn es würden wohl alle an Jahren alte Eisenbahner gerne dem Fonds beitreten, während die jungen Elemente den Beitritt möglichst hinausschieben würden.

Selbstverständlich ist aber, daß hiebei die Zentrale ihrer alten, bewährten Kerntruppe nicht vergaß und für die gegenwärtigen Mitglieder der Organisation, je nach der Zeit ihrer Organisationszugehörigkeit, in den Punkten 5 und 6 der Bestimmungen einige nicht unbedeutende, aber in jeder Hinsicht berechtigte, insbesondere mit dem Zweck dieser Neueinführung begründete Begünstigungen gewährt; notwendig war aber hiebei wieder, diese Begünstigung zeitlich zu beschränken.

Dass auch beim Ableben der Frauen genügberechtigter Mitglieder ein Teil, und zwar die Hälfte der Unterstützungsquote, auf die das Mitglied Anspruch hätte, ausbezahlt wird, ohne daß hiefür für die Frau auch nur der geringste Beitrag geleistet werde, ist schließlich ein Vorteil, der in seinem solchen Verhältnis, beziehungsweise Unterstützungsweise Unterstützungsweise zu finden ist.

Die Zentrale hat bei der Festlegung der Bedingungen, unter welchen die Hinterbliebenenunterstützung eingeführt wird, getrachtet, in gerechter Weise ihren Mitgliedern für den geringen Beitrag von 50 Kr. per Monat das möglichst Meiste zu bieten. An den Mitgliedern ist es nun gelegen, durch möglichst korporativen Beitritt zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds der Zentrale die Möglichkeit zu geben, diese hohen Benefizien noch zu erweitern und den Hinterbliebenenunterstützungsfonds zu einer segensreichen Einrichtung unserer Organisation zu entfalten. Daher Genossen und Mitglieder, wendet dieser, für die künftige Entwicklung unserer Organisation so wichtigen Frage die notwendige Aufmerksamkeit zu und wir sind überzeugt, daß bei ruhiger Abwägung der Vorteile, die den einzelnen durch diese Neueinführung geboten werden, die große Mehrheit der Mitglieder des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines auch dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten werde.

Zum Schluß verweisen wir nochmals darauf, daß die Angehörigkeit zu diesem Hinterbliebenenunterstützungsfonds eine freiwillige ist. Sie bietet zweifellos Vorteile, wie keine Versicherung in der Welt sie zu bieten in der Lage ist. Sie räumt den alten Mitgliedern unverkennbar große und auch gerechte Vorteile ein und will den noch Beitretenen ebenfalls wertvolle Leistungen bieten.

Genossen und Kollegen! Wer diesem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten will, trenne die Beitrittsklausur ab, füll sie in allen Teilen aus und sende sie an seinen Ortsgruppenkassier. Mitglieder, die ihre Beiträge direkt an die Zentrale entrichten, müssen auch die Beitrittsklausur an diese absenden. Nach Beginn der Wirksamkeit des Hinterbliebenenunterstützungsfonds wird jedem Mitgliede desselben ein diesbezügliches Regulativ und eine Mitgliedsbescheinigung zujehen.

Wien, im Dezember 1911.

Mit sozialdemokratischem Gruß:

Für den

Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Österreich:

Josef Tomischik m. p.

Zentralsekretär.

Rudolf Weigl m. p.

Schriftführer.

Josef Schwab m. p.

Obmann.

Freie Eisenbahnerversammlungen.

Hannsdorf. Am 17. Dezember 1911 findet im Gasthaus des Herrn Josef Peith in Geppersdorf um 3 Uhr nachmittags eine öffentliche Vereinsversammlung statt. Die Mitglieder werden erachtet, zahlreich zu erscheinen.

Mährisch-Schönberg. Die Ortsgruppe beruft für Samstag den 16. Dezember 1911, abends 1/4 Uhr, im Saale des Herrn Wolle eine freie Eisenbahnerversammlung mit folgender Tagesordnung ein. 1. Die fortbreitende Teuerung und das Verhalten der bürgerlichen Parteien hierzu. 2. Die Einführung der freiwilligen Hinterbliebenenunterstützung ab 1. Jänner 1912. 3. Eventuelles. Referent aus Wien.

Die Mitglieder werden erachtet, befußt Kontrolle und Abstempelung zum Jahresabschluß ihre Mitgliedsbücher dem Kassier abzugeben.

Wilsleinsdorf. Am Sonntag den 10. Dezember 1911 um 3 Uhr nachmittags findet eine öffentliche Eisenbahnerversammlung in Herrn Leopold Potters Restauration in Wilsleinsdorf mit folgender Tagesordnung statt: 1. Das Parlament und die Forderungen der Eisenbahner. 2. Einführung der Hinterbliebenenunterstützung. 3. Eventuelles. Referent aus Wien.

Eisenbahner, Kollegen, Genossen! Nehmet regen Anteil an dieser wichtigen Versammlung und erscheint alle ohne Unterschied. Auch die Bediensteten und Arbeiter vom auswärts werden im eigenen Interesse erachtet, sich bei dieser Versammlung einzufinden.

Der Einberufer.

Ortsgruppe Gloggnitz. Am Dienstag den 12. Dezember, 7 Uhr abends, findet im Vereinslokal Rosenmayers Gasthaus, Gloggnitz, Seite 2, eine öffentliche Vereinsversammlung statt. Referent aus Wien. Die Mitglieder werden erachtet, bestimmt bei dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen, und auch ihre Frauen mitzubringen.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Österreich.

Zahlstelle Parhán. Am Sonntag den 17. Dezember findet im Vereinslokal des Herrn Franz Kolbe in Parhán eine Monatsversammlung statt. Da es sich um die Einführung der Hinterbliebenenunterstützung handelt, werden die Mitglieder erachtet, bestimmt und zahlreich zu erscheinen.

Ortsgruppe Gras II (I. I. Staatsbahnen). Den 9. Dezember um 8 Uhr abends findet in Wiesers Gasthaus, Jägermühle 188, eine öffentliche Vereinsversammlung statt, wo die Genossen Wabitsch und Decker den Bericht über die heraußgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen erstatten werden.

Ortsgruppe Komotau. Die Zentrale beabsichtigt, mit 1. Jänner 1912 die Hinterbliebenenunterstützung gegen freiwilligen Beitritt der Mitglieder einzuführen, und wird die nötige Aufklärung darüber im Fachblatt gegeben werden. Wir erachten daher alle jene Mitglieder, welche diesem vortheilhaftem Unterstützungsangebot beitreten wollen, dies dem Kolporteur Geisen Wagger beim Ausdrucken des Fachblattes am 20. Dezember schriftlich, mit genauer Angabe der Geburtsdaten, bekanntzugeben, damit die weiteren Arbeiten rechtzeitig erledigt werden können.

Zahlstelle Liebetsch. Die Generalversammlung wird Samstag den 18. Dezember um 8 Uhr abends im Gasthaus des Herrn Walter in Aicha abgehalten. Die Mitglieder werden erachtet, vollständig zu erscheinen und die Mitgliedsbücher befußt Kontrolle mitzubringen.

Ortsgruppe Sporib. Die Generalversammlung findet Sonntag den 17. Dezember um 8 Uhr abends im Vereinsheim mit äußerst wichtiger Tagesordnung statt. Gleichzeitig werden jene Mitglieder, die sich mit ihren Monatsbeiträgen im Rückstand befinden, aufgefordert, sofort nachzuzahlen, damit die Ortsgruppe mit der Zentrale zeitgerecht abrechnen kann. Kein dienstfreier Genosse fehle bei der Generalversammlung.

Ortsgruppe Fehring. Die geehrten Mitglieder werden erachtet, ihre Beiträge längstens bis 20. Dezember 1911 zu deponieren. Ferner werden die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, erachtet, dieselben auch bis 20. Dezember 1911 nachzuzahlen. Wir verweisen die Mitglieder auf die Bekanntmachung der Administration des "Eisenbahner" in der Nummer 34.

Ortsgruppe Lobositz. Die P. T. Mitglieder werden erachtet, zu den am 7. Jänner 1912, um 2 Uhr nachmittags, im Gasthaus "zur Traube" abzuhaltenen Generalversammlung vollständig zu erscheinen.

Ortsgruppe Brünn II (Nordbahn). Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind von nun ab zu richten an: Ignaz Engel, Offiziant der I. I. Nordbahn, Brünn, Grünlosgasse 16, Parterre.

Ortsgruppe Rudig. Die Mitglieder des Sterbefonds werden erachtet, für das verstorbene Mitglied Rabanik je 71 H. an den Kassier abzuführen.

Ortsgruppe Oberleutendorf. Die Generalversammlung wird am 6. Jänner 1912 um 2 Uhr nachmittags im Vereinslokal bei Herrn Scharff abgehalten.

Ortsgruppe Raaden-Brunnendorf. Es wird den geehrten Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis gebracht, daß am Sonntag den 17. Dezember 1911 in Herrn Heinzmanns Gasthaus in Meretz um 2 Uhr nachmittags die Ortsgruppenversammlung stattfindet. In Anbetracht wichtiger Beratungen ist es Pflicht eines jeden einzelnen Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Inhalt der Nummer 34 vom 1. Dezember 1911.

Artikel 1: Wie ein Minister über die Fleischnot spricht. Das ist der Nationalberband. Die Forderungen der Eisenbahner. Neuerlich der Fall Kollner. Die Möglichkeit der Errichtung des Endgehalts für die Zugbegleiter der Südbahn. Die Teuerungsanträge abgelehnt. Die österreichische Unternehmerorganisation. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Holland. Die Elektrizitätsarbeiter in Heiligenstadt und ihre Arbeitsordnungen. Von der Südbahn.

Inland: Die Sozialdemokraten und die Steuervorlagen. Finanzielles von der Graz-Köflacher Eisenbahn. Frachtmäßigung und Lebensmittelwucher. Zur Reorganisation der Staatsbahnen. Bildung eines Petroleumkartells. Das Volkshindernis. Auch ein Denkmal.

Ausland: Das Streitrecht der französischen Eisenbahner. Misserfolg der Eisenbahner in Irland. Angedrohte Aussperrung von 70.000 Metallarbeitern. Gewinne der amerikanischen Bahnen. Ein neuer englischer Eisenbahnerstreit.

Aus dem Gerichtssaal: Ein Unfall in Margreid-Kurtatsch. Ein neuerlicher Unfall in der Station Kolin. Deutschnationaler Verleumder. Villach.

Streiflichter: Vom heiligen Bureaucratismus. Neueinführung bei der Staatsbahndirektion Innsbruck. Vom Schlachtfeld der Eisenbahn. Zur Organisation bei den I. I. Staatsbahnen. I. I. Bahnerhaltungssection Teplitz-Waldorf.

Aus den Amtsblättern: Provisionsfondseinszahlung der Professionisten.

Korrespondenzen: Gmünd. Zwittau. Bruck. Gutenstein-Streitheim. Mährisch-Schönberg. Obernitz. Villach. Oberkurt. Bozen-Gries. Penzing-Wien. Wien. Wilsleinsdorf. Falkenau an der Eger.

Haben Sie Schmerzen? Rheumatische, gichtische, Kopfschmerzen? Haben Sie sich durch Luftzug, Erkältung was zugezogen? Versuchen

• nicht bloßstellame! Brobeduzend 5 Kronen franco. Erzeuger nur Apotheker Heller in Stubica Elsplatz Nr. 191 (Kroatien).

Versammlungsberichte: Beschwerden von der Wiener Stadtbahn. Wien-Penzing, Villach, Mauthausen, Pragerhof, Spittel an der Drau, Villach, Bozen I, Wels, Villach.

Aus den Organisationen: Klosterneuburg, Pulkendorf, Leoben.

Berfchiedenes: Eine folgenschwere Neuerung.

Technisches: Patentbericht.

Literatur: Weihnachten.

Verlauterung der Administration: Rechnungsschluss und Eisenbahnerkalender.

Eingesendet: Erklärung. Dankagung.

Mitteilungen der Zentrale: Verwaltungskomiteesitzung.

Sprechsaal: An alle Unterbeamte der St. G. G. An alle Bahnhofsräte und Vorarbeiter der I. I. St. B.

Offene Anfragen: An die Nordwestbahndirektion in Wien. An die Staatsbahndirektion Villach. An die Generaldirektion der B. G. B. An die Staatsbahndirektion in Innsbruck.

Allgemeiner Rechtsschutz und Gewerkschaftsberein: Turnau, Deutsch-Wagram, Furtach im Walde, Aussee, Weißkirchitz, Bisenz, Pöfle, Marienbad, Teplitz, Linz, Siegh, Krems an der Donau, Floridsdorf, Dug, Zwittau, Buchau, Gänserndorf, Selzthal, Stadlau, Spittal an der Drau, Budigsdorf, Budweis, Marchegg, Sigmundsherberg, Göggendorf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine wie immer geartete Verantwortung.

Inserate

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine wie immer geartete Verantwortung.

Zur Erfrischung

Im Dienst, besonders in der Nacht, empfiehlt sich eine kräftige Rindsuppe aus

MAGGI Würfeln

(fertige Rindsuppe) 150

à 5 h.

Nur mit kochendem Wasser zu übergießen. Man achtet auf den Namen MAGGI und die Schutzmarke Kreuzstern.

Ausserordentliche Gelegenheit nur für Weihnachten!

Extrafach! Hochelegant!

Cavalier 18 kar. Gold double Uhr, prämierte Marke "Speziös" 238
Viozel Cavalier Uhr, Marke "Syntax" nur 390
Damen 18 kar. Gold double Uhr, prämierte Marke, flach und elegant 590
Diese Uhren besitzen präzise Schweizer Werke, in Steinen laufend, und sind mit vierjähriger Garantie versehen. Den Herrenuhren wird eine Kette umsonst beigelegt.

Versand per Nachnahme durch 278

Holzer & Wohl, Krakau Nr. 51, Oesterr.

Schriften über Bruch, Kropf, Prostatahypertrophie, 238
Blinddarmentzündung, Halsdrüsen, Harnblässtein, Gallenstein und der Prostata der Anhau werden auf Wunsch vom Sanatorium Dr. Jallin in Wien einzeln gratis ausgeschenkt.

Männerkrank-

heiten und Nervenbeschwerden von Spezialarzt Dr. Klemmer. Neuerlich lehrreicher Ratgeber und Wegweiser zur Bekämpfung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarkbeschwerden, Geschlechtsnervenerkrankungen, folgen nervenruhigender Leidenschaften und Erschöpfung und aller sonstigen geheimen Leiden. Für jeden Mann, ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt, das Seiten dieses Buches von geradezu unikalem geheimheitlichem Nutzen. Für Kronen 180 Briefmarken franko von Dr. med. Klemmer, Genf 881 (Schweiz).

Gelegenheitslauf! Garantiert echter

hirschbart

Prachtexemplar

hirschbart, buschig, mit sehr schönen Reis, 18 cm lang, samt Kätzchenhaut mit Hirschgrinde, verschließbarem Ring und Schraube zusammen

nur 6 Kronen

Sehr Gelegenheit!

Berlendet vor Nachnahme Gewandschneider

Genicel, Wien IX, Altmüllerstr. 3/100

Gefertigter dankt hiermit allen seine Freunde und Bekannte, wie auch den Ortsgruppen des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines für Österreich: Amstetten, Klein-Neßling, Rosenbach, St. Veit, Selzthal, Leoben, Knittelfeld, St. Michael, Villach, Gleisau, Magenfurt, Eisenerz und Seetweg für die seiner Familie während seiner dreimonatigen Inhaftierung zugekommene Unterstützung aus das Herzlichste. Gleichzeitig spricht der Gefertigte allen, die an der Entwicklung dieses namhaften Betriebes mitgearbeitet haben, für ihre Bemühungen seinen innigsten Dank aus.

Seetweg, im Dezember 1911. 207

Johann Konrad, Blaufarbeiter in Seetweg. Familie Konrad.

Postentausch.

Ein Streckenwächter der Linie Nied-Simbach I. I. Staatsbahn wünscht aus Krankheitsrücksichten mit einem Zugmelde-wächter des Linzer Direktionsbezirkes einen Postentausch einzutragen. Zugmeldeposten nur mit Tagdienst wird bevorzugt. Diesbezügliche Anfragen sind an den Weichenwächter Josef Kieninger, Braunau am Inn, Verchenfeldgasse 17, zu richten.

Billige Bettfedern und Daunen

1 Kilo graue geschlossene K 2,-, bessere K 2,40, halbweisse prima K 2,80, weiße K 4,- prima dauernde K 6,-, hochprima K 7,-, 8,- und 9,60, Daunen: graue K 6,-, 7,- weiße prima K 10,-. Brustflocke K 12,- von 5 Kilo an franco.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtfähigem, rotem, grünem oder weißem Inlett (Ranzen). 1 Tuchent, ca. 180 cm. lang, 120 cm. breit, samt 2 Konsolstücken, jeder ca. 80 cm. lang, 60 cm. breit, genügend gefüllt mit neuen, sauberen, dauerhaften Verfeber K 16,-. Halbdämmen K 20,-, Daunenbetten K 21,-. Kleine Tuchent, 1 Tuchent o. Unterbett 10,-, 12,-, 14,-, 16,-, 18,-, 21,-, 22,-, 23,-, 24,-, 25,-, 26,-, 27,-, 28,-, 29,-, 30,-, 31,-, 32,-, 33,-, 34,-, 35,-, 36,-, 37,-, 38,-, 39,-, 40,-, 41,-, 42,-, 43,-, 44,-, 45,-, 46,-, 47,-, 48,-, 49,-, 50,-, 51,-, 52,-, 53,-, 54,-, 55,-, 56,-, 57,-, 58,-, 59,-, 60,-, 61,-, 62,-, 63,-, 64,-, 65,-, 66,-, 67,-, 68,-, 69,-, 70,-, 71,-, 72,-, 73,-, 74,-, 75,-, 76,-, 77,-, 78,-, 79,-, 80,-, 81,-, 82,-, 83,-, 84,-, 85,-, 86,-, 87,-, 88,-, 89,-, 90,-, 91,-, 92,-, 93,-, 94,-, 95,-, 96,-, 97,-, 98,-, 99,-, 100,-, 101,-, 102,-, 103,-, 104,-, 105,-, 106,-, 107,-, 108,-, 109,-, 110,-, 111,-, 112,-, 113,-, 114,-, 115,-, 116,-, 117,-, 118,-, 119,-, 120,-, 121,-, 122,-, 123,-, 124,-, 125,-, 126,-, 127,-, 128,-, 129,-, 130,-, 131,-, 132,-, 133,-, 134,-, 135,-, 136,-, 137,-, 138,-, 139,-, 140,-, 141,-, 142,-, 143,-, 144,-, 145,-, 146,-, 147,-, 148,-, 149,-, 150,-, 151,-, 152,-, 153,-, 154,-, 155,-, 156,-, 157,-, 158,-, 159,-, 160,-, 161,-, 162,-, 163,-, 164,-, 165,-, 166,-, 167,-, 168,-, 169,-, 170,-, 171,-, 172,-, 173,-, 174,-, 175,-, 176,-, 177,-, 178,-, 179,-, 180,-, 181,-, 182,-, 183,-, 184,-, 185,-, 186,-, 187,-, 188,-, 189,-, 190,-, 191,-, 192,-, 193,-, 194,-, 195,-, 196,-, 197,-, 198,-, 199,-, 200,-, 201,-, 202,-, 203,-, 204,-, 205,-, 206,-, 207,-, 208,-, 209,-, 210,-, 211,-, 212,-, 213,-, 214,-, 215,-, 216,-, 217,-, 218,-, 219,-, 220,-, 221,-, 222,-, 223,-, 224,-, 225,-, 226,-, 227,-, 228,-, 229,-, 230,-, 231,-, 232,-, 233,-, 234,-, 235,-, 236,-, 237,-, 238,-, 239,-, 240,-, 241,-, 242,-, 243,-, 244,-, 245,-, 246,-, 247,-, 248,-, 249,-, 250,-, 251,-, 252,-, 253,-, 254,-, 255,-, 256,-, 257,-, 258,-, 259,-, 260,-, 261,-, 262,-, 263,-, 264,-, 265,-, 266,-, 267,-, 268,-, 269,-,

Örkény's Lindenhonig

ist ein wunderbares Hausmittel, welches bei Erkältungen, Katarhinen, Keuchhusten, Heiserkeit, schwerem Atmen etc. grosse Dienste leistet. — Wer sich vor Lungenleiden schützen will, nehme Örkény's Lindenhonig (Sirup), welches ein appetitanregendes, wohlschmeckendes und dabei billiges Hausmittel ist. Da es viele Nachahmungen gibt, bestelle man direkt beim alleinigen Erzeuger Hugo Örkény, Apotheker in Budapest, Tököly-út 28. Depot 12. Probeflasche 3 Kronen, grosse Flasche 5 Kronen, 3 grosse Flaschen franko 15 Kronen. Postversand täglich.

Achtung, Eisenbahner!! Biel Geld ersparen Sie beim Einkauf!

Von Berghamtern eleganteste Herrenanzüge von K. 14.—, Mäntel von K. 10.—, Löwendräde, Westerfragen von K. 8'50, Modeholzen von K. 5.— aufwärts. **Großes Lager** von feiner Herren-, Damen- und Kinderwäsche, fertige K. 1'50, schwere Bettzeuge, Damafahrtadel, Bettwäsche, Leinen, Chiffone, Angine, der Stütz nur K. 9'50, Handtücher, Tischtücher, Vorhänge K. 5.—. Garantiert nur gesiegene Ware, alles erstaunlich billig. Einzig in Wien nur bei

Goldstein, VII., Kaiserstrasse 40.

Such Kleiderleihanstalt, per Anzug K. 5.—, Provinzverband reell per Nachnahme.

Die

„Patent-Korkkappe“

ist die beste Uniformkappe der Gegenwart.

R. u. k. Hof-Uniformen-, Uniformsorten- u. Tuchfabriken

Wilhelm Beck & Söhne

Zentrale: Wien, VIII. Langegasse Nr. 1.

Fabrik: Wien, VI. Bezirk, Hirschengasse Nr. 25.

Richters Gesundheits-Roggenkaffee

ist, wie Tausende Anerkennungsschreiben bezeugen, der beste. Jeder 5 Kilo-Paket wird ein schöner Gebrauchsgegenstand aus Nickel, Glas u. vor Weihnachten ein prächtiges Christbaumgeläute und Kinderpielzeug je nach Wunsch

umsonst

272

Beigepackt. — 5 Kilo kosten franko per Nachnahme Kt. 4.—, ohne Gratisszüge Kt. 8'40 per Post.

Karl Richter, Gesundheits-Roggenkaffeefabrik, Lewin 7, Böhmen.

Jedem Paket wird ein Verzeichniss der Gratissgegenstände beigelegt.

Mechanische Stridereien und Stridgarnhändler, Kaufleute und Konsumvereine

kaufen Stridgarne (Baumwolle oder Schafwollgarne) am besten und am vorteilhaftesten in der Ersten Stridgarnfabrik **Brosche & Cie., Neichenberg (Böhmen).**

Filiale: Wien VII, Schottenfeldgasse 21. Musterkarten gratis.

Wem daran liegt

mit dreijähriger schriftlicher Garantie eine moderne Sprechmaschine mit oder ohne Trichter

ohne Anzahlung

nur unter Zahlung der ersten Monatsrate zu erhalten, ebenso auch Platten allein ohne Apparat zu selben Bedingungen, wende sich an die einzige Sprechmaschinenfabrik Österreichs

Leop. Kimpink

Wien VII, Kaiserstrasse Nr. 65.

Billigste Fabriksskassapreise ohne Konkurrenz. Reparaturen fachmännisch billigst. Kein Gassenladen. Vorführung ohne Kaufzwang in der Fabrik. — Katalog 100 gratis.

75

Beste billigste Bezugsquelle!

Bettfedern-Daunen

1 Kilo neue, graue, geschliffene Bettfedern K. 2.—, bessere K. 2'40, halbweise K. 2'80, weiße K. 4.—, bessere K. 6.—, Herrschaftsdecke, schneeweiß K. 8.—, Daunen, grau K. 6'10, 7'— und 8'—, Daunen, weiß K. 10.—, Daunenflocken K. 12.—, Daunenflocken K. 14.—, von 8 Kilo an franko.

Fertige Betten

aus dichtfähigem roten, blauen, gelben oder weißen Ranting, 1 Tuchent circa 180 cm groß, am 2. Kopfpolster, beide circa 80/60 cm groß, genügend gefüllt mit neuen, grauen, dauerhaften Federn. K. 10.—, Halbdauinen K. 20.—, Dauinen K. 24.—, Tuchent allein K. 12.—, 14.— und 16.—, Kopfpolster allein K. 8.—, 8'50, letzter K. 4.—, Tuchent, circa 180/140 cm, K. 15.—, 18.— und 20.—, Kopfpolster, circa 90/70 cm, K. 4'50, 5.— und 5'50, Unterbett, circa 180/116 cm, K. 10.—, 15.— und 18.—, Kinderbetten, Bettüberläufer, Bettlaken, Matratzen, Steppdecken, Flanelldecken u. s. w. billig, verlebt per Nachnahme. Verpackung gratis, von K. 10.— an franko.

Josef Blahut, Deschenitz Nr. 109 (Böhmerwald).

Richtig passend umgetauft über Geld retour. Verlangen Sie die ausführliche, illustrierte Preisliste gratis und franko.

Nebenerwerb oder Existenz

sichern sich Herren und Damen selbst in den kleinsten Orten durch Verkauf grossartiger Haushaltungsgebrauchsartikel. Riesenverkauf zu gesichert. Näheres gratis. Auftragen mittelest Postkarte unter „Nr. 28“ an die Annoncenexpedition Eduard Braun, Wien I, Rotenturmstrasse 9. 276

Dankdagung.

Die Gefertigten fühlen sich verpflichtet, allen edlen Spendern für die ihrem Sohne Johann Schenner in Bad Aussee zu gewidmete Unterstützung von K. 23'26 an dieser Stelle den wärmlsten Dank auszudrücken. Franz u. Josefa Schenner als Eltern. Bad Aussee, am 28. November 1911.

Konkurrenzlos! Wir liefern unsere erstklassigen, den echten Smyrna täuschend ähnliche prachtvolle **Wandteppiche** von vorzügl. Qualität und unbegrenzter

K 5'50 Haltbarkeit direkt an die Konsumenten. **K 5'50** **Wandteppiche** in reizenden persischen und Figurendessins, 100 cm breit, 200 cm lang K. 5'50. Papageien, flüchtendes Hochzeit, Löwe, Schwan, Rehfamilie, Fuchs, Hund etc.

234



Salon- teppiche

aus dicker, Plüschechtheit, seidengleich, in herrlichen persischen, Sezessions- und Blumenmustern, Grundfarben rot und grün.

140 cm breit, 200 cm lang K. 8.—, 160.—, 250.—, 270.—, 11.—, 250.—, 260.—, 270.—, 300.—, 400.—, 234.—

Bettvorleger Lambrequins aus gleichem Material K. 1'80 per Stück. (Fensterschützer) aus extrastarkem Double-Smyrnachenillegewebe, 125 cm hoch, 140 cm breit, mit Bordüre u. Fransen od. pers. Muster K. 5'50 p. Stück.

Preise und Qualität ohne Konkurrenz. Versand per Nachnahme. Bei Nichtkonvenienz Umtausch od. Geld retour.

Waren-Versandhaus Gustav Stern vormals Produktiv- u. Handels-Gesellschaft in Göding Nr. 5 (Mähren). Bei Bestellungen von über 10 Kronen wird eine elegante Zigaretten-tasche gratis beigegeben.

MÖBEL

Aufruf an die Herren Eisenbahner!

Wien's beste und billigste Einkaufsquelle ist die in Eisenbahnerkreisen altbekannte, o. langjährig bestehende o

Fünfhauser Möbelniederlage

M. Eisenhammer
wien, XV., Mariahilferstrasse Nr. 142

(neben der Löwendrogerie Schwabstraße)

polierte Zimmereinrichtungen & K. 130, 150, 170, 200 u. 240. Küchenmöbeln und Spiegelzimmers von K. 34 aufwärts. — Komplett-Schlaf- und Speisenzimmer von K. 280. — Moderne Küchenmöbeln, grau, weiß, grün, & K. 70. — Patentbettelnde von K. 9'— und Matratzen, breitete von K. 12.— aufwärts. — Ein kleiner Gegenstand billigst in großer Auswahl. Kleinster Preisstrauß für die Provinz gratis. Großer Katalog gegen 60 Heller Briefmarken franco.

Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persönlichem Antritt.

Gebrüder in allen Bahnhöfen und Beziehungen Wiens tollsten.

Warning! Um meine P. T. Kunden vor Schaden durch Herstellung in bewahrt. achten Sie genau auf meine kleine Hausnummer als Preis mitschreien, um meine P. T. Kunden zu täuschen. Richten Sie auf die gelben Tafeln vor dem Geschäftsport.

Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine Schuhmarke Eisenbahnfondantflocken in Lebensgröße in meinem Schaukasten sehen.

Werter Herr!

Erlaube mir Ihnen mitzuteilen, dass die Möbel, welche am 28. v. M. hier eingetroffen sind, in artigem Ausstand waren und ich auch sehr auftrieben bin damit. Auch danke ich Ihnen für Ihre so liebe und reelle Bedienung. Ich werde Sie meinen Bekannten bestens empfehlen.

Hochachtungsvoll

Louis Stadler

Nichmeier in Saalfelden.

40 Meter Reste um K 15'60

sortiert in guten, schönen, waschechten Waschstoffen, Zephir, Bettzeug, Oxford, Flanell etc.

— Jeder Rest 3 bis 12 Meter lang. —

Dieselben Reste, aber extrabester Qualität 40 Meter um K 20'—.

Alles überraschend schöne Ware. — Versand per Nachnahme. — Nichtentsprechendes wird zurückgenommen, ausgetauscht oder Geld rückverstallt.

Webwarenerzeuger

Josef Kraus, Nachod VII (Böhmen).

Seit 45 Jahren bekannt als sehr reell.

Muster aller Webwaren gratis und franko.

Das Grossartigste für den Weihnachtsbaum!

Gefüllt gefüllt

Christbaum-Schlüsselkästen

Glas-Christbaumschmuck

Herrenzwecke aus erster Hand. Letzte Nachfrage 1 Per Kasten mit 12 Stück, schon sortiert v. K. 20 bis K. 1'10, p. Kasten mit 6 Stück von K. 40 bis K. 1'16, Preisweg per Kasten 40, 48, 52 K. Glasjochen zu 12, 28 u. 38 K. Gold u. hunderte Wunderkerzen zu 12 St. 26 u. 28 K. Wechselfächer, 12, 15, 18 cm gross 23, 25, 27 K. Ferner prächtige Neubehälter in Goldzuckerschüssel- u. Löffelzuckerschüssel, Zappelkugeln, Segelschiffe, Luftballone, Boas, Sterne, Fenster, Silberne, Stoffe etc. etc.

Kein Risiko! Umtausch gestattet! Evtl. Gold zur Verz. p. Stück od. Vormoderz.

Für Wiederverkäufer u. v. Sammlern fröhlig, hohe Robativergünstigung!

A. O. Wagner, Christbaumzwecke-Inhaber, Lauscha, Sa.-Mein., 218

Neueste reizendste Weihnachts-Präzisie vers. kostenlos an jeder

Beste böhmische Bezugsquelle! Billige Bettfedern!

1 kg graue, auta, geschliffene 2 K. besser 2 K. 40; vr. ma. halbwelche 2 K. 40; weiße 4 K. weiße, Daunen 5 K. 10; 1 kg. böhmische, schwere, geschliffene 6 K. 40; 3 K. 1 K. Daunen (Raum), grau 8 K. 7 K.; weiße, keine 10 K.; älterer Daunenbaum 12 K. Bei Abnahme von 5 kg franko.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtfähigem roten, blauen, weißen oder gelben Ranting, 1 Tuchent, 180 cm lang, circa 120 cm breit, mittwoch 80 cm lang, circa 80 cm breit, gefüllt mit neuen, grau, sehr dauerhaften, flauschigen Bettfedern 16 K. Halbdauinen 20 K. Tuchent 24 K. einzelne Tuchente 10 K. 12 K. 14 K. 16 K. Kopfpolster 8 K. 8 K. 10 K. 12 K. 14 K. 16 K. 18 K. 20 K. 22 K. 24 K. 26 K. 28 K. 30 K. 32 K. 34 K. 36 K. 38 K. 40 K. 42 K. 44 K. 46 K. 48 K. 50 K. 52 K. 54 K. 56 K. 58 K. 60 K. 62 K. 64 K. 66 K. 68 K. 70 K. 72 K. 74 K. 76 K. 78 K. 80 K. 82 K. 84 K. 86 K. 88 K. 90 K. 92 K. 94 K. 96 K. 98 K. 100 K. 102 K. 104 K. 106 K. 108 K. 110 K. 112 K. 114 K. 116 K. 118 K. 120 K. 122 K. 124 K. 126 K. 128 K. 130 K. 132 K. 134 K. 136 K. 138 K. 140 K. 142 K. 144 K. 146 K. 148 K. 150 K. 152 K. 154 K. 156 K. 158 K. 160 K. 162 K. 164 K. 166 K. 168 K. 170 K. 172 K. 174 K. 176 K. 178 K. 180 K. 182 K. 184 K. 186 K. 188 K. 190 K. 192 K. 194 K. 196 K. 198 K. 200 K. 202 K. 204 K. 206 K. 208 K. 210 K. 212 K. 214 K. 216 K. 218 K. 220 K. 222 K. 224 K. 226 K. 228 K. 230 K. 232 K. 234 K. 236 K. 238 K. 240 K. 242 K. 244 K. 246 K. 248 K. 250 K. 252 K. 254 K. 256 K. 258 K. 260 K. 262 K. 264 K. 266 K. 268 K. 270 K. 272 K. 274 K. 276 K. 278 K. 280 K. 282 K. 284 K. 286 K. 288 K. 290 K. 292 K. 294 K. 296 K. 298 K. 300 K. 302 K. 304 K. 306 K. 308 K. 310 K. 312 K. 314 K. 316 K. 318 K. 320 K. 322 K. 324 K. 326 K. 328 K. 330 K. 332 K. 334 K. 336 K. 338 K. 340 K. 342 K. 344 K. 346 K. 348 K. 350 K. 352 K. 354 K. 356 K. 358 K. 360 K. 362 K. 364 K. 366 K. 368 K. 370 K. 372 K. 374 K. 376 K. 378 K. 380 K. 382 K. 384 K. 3